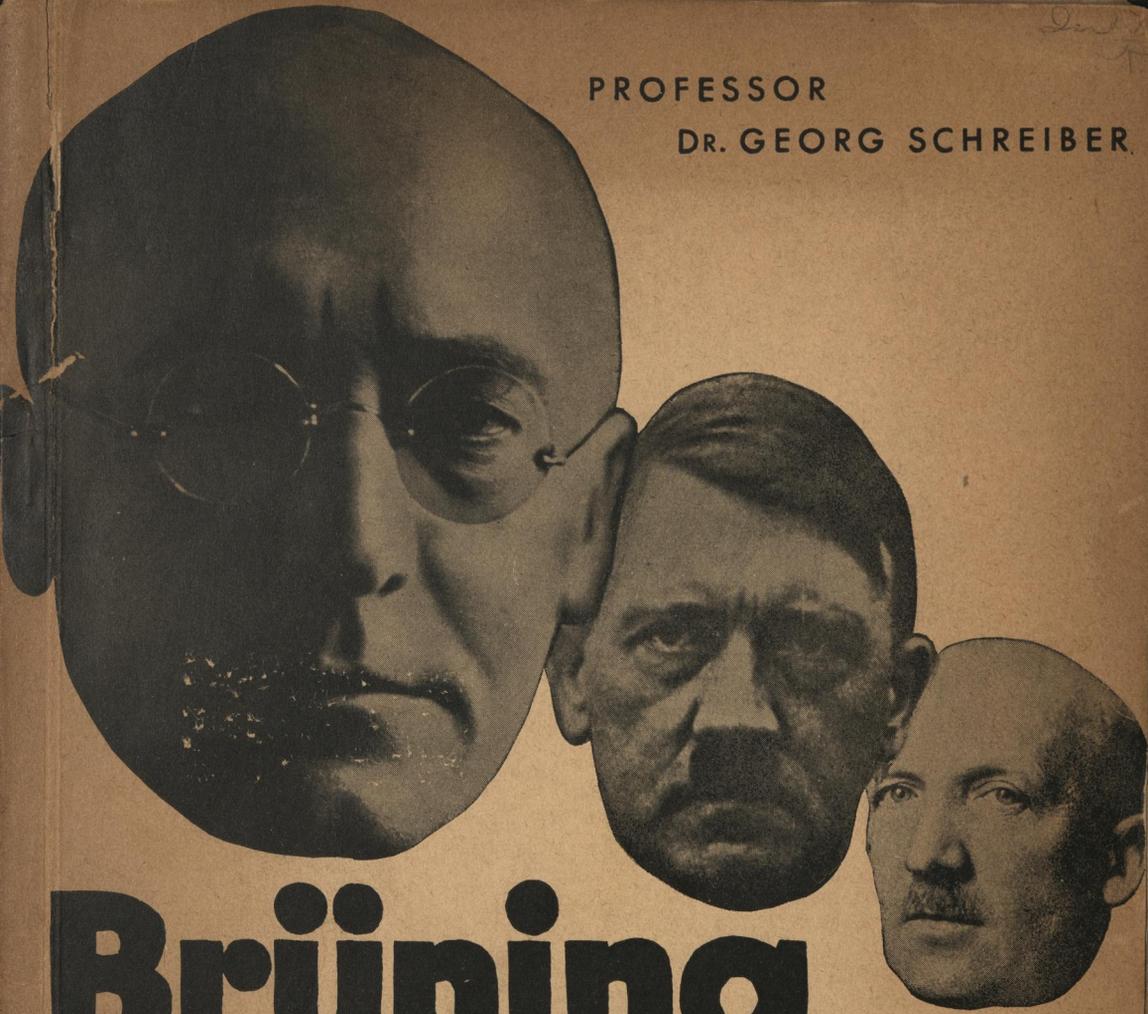


PROFESSOR

DR. GEORG SCHREIBER



Brüning Hitler

Schleicher

A 12 - 02986

*Das Zentrum
in der Opposition*

16. AUFLAGE

VERLAG DER KÖLNER GÖRRESHAUS A.G. KÖLN A. RH.

Professor Dr. Georg Schreiber

Brüning-Hitler-Schleicher

DAS ZENTRUM IN DER OPPOSITION

*dup
Dc*

1932

Verlag der Kölner Görreshaus A.G., Köln

A 12 - 02986



Druck: Kölner Verlagsbuchhandlung A. G., Köln

Inhalt.

Vorwort	3
Der Aufmarsch der Wahlfronten	9
Die Auflösung des Reichstags	10
Die Vorgeschichte	12
Der Reichspräsident	15
Das Kabinett der Episode	17
Warum nicht mit Schleicher-Papen?	24
Die Regierungserklärung	27
Die Minusbilanz des neuen Kabinetts	34
Der politisierende General	39
Die Siedlungsfrage	40
Die Kulturpolitik	43
Christentum und Politik	49
Brünings Persönlichkeit und Werk	50
In der Opposition	55
Sachregister	61

Pr. Sp., Deutsches Institut für Wirtschaftswissenschaften, Leipzig, 1933

Vorwort.

Ausgangspunkt dieser Schrift ist eine Rede, die der Verfasser in der Vorstandssitzung der Westfälischen Zentrumsparlei am 10. Juni 1932 in Hamm hielt. Diese Rede ist um ein Mehrfaches erweitert und quellenkundlich gestützt.

Münster, den 21. Juni 1932.

Der Verfasser.

Der Aufmarsch der Wahlfronten

Der Aufmarsch der Fronten zum Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Unsere Stellung als Zentrums-Partei ist dadurch gekennzeichnet, daß wir zwischen dem Sozialismus der Rechten und dem Sozialismus der Linken stehen. Als ein unerschütterlicher Ordnungsbloß der Mitte. Als ein bleibendes Fundament staatspositiver Verantwortlichkeit. Als eine Zitadelle staatshaltigen Volkstums. Rings um uns sind viele deutsche Parteien in einen qualvollen Totekampf eingetreten. Oder sie sind einer Hörigkeit verfallen, die das Eigenleben dieser Parteien langsam, aber sicher zerstört. Das betrifft auch die Deutschnationalen.

Am 7. Juni 1932 schrieb die National-Zeitung, das Blatt der Nationalsozialisten: „Die Deutschnationale Partei wird niemals in Opposition zur Hitlerbewegung treten können, wenn sie sich nicht ebenso ruinieren will, wie es die bürgerlichen Mittelparteien getan haben.“ Mit kalter und drohender Geste wird hier das Todesurteil über die Selbständigkeit der deutschnationalen Gruppe gesprochen. Hugenberg wird als Handlanger gewertet. Der kühne Versuch des Scherl-Verlegers, durch Schaffung einer Harzburger Front 1931 das Gesetz des Handelns an sich zu reißen, mißlang bereits in den ersten Anfängen¹.

So wandern ganze Parteien zerbröckelnd und zerbrechend in das Antiquariat deutscher Geschichte.

Demgegenüber hat das Zentrum in allen bisherigen Wahlgängen die stärkste Widerstandskraft gezeigt. Es schöpft aus weltanschaulichen Tiefen und verfügt über ethische Kraftreserven von überzeitlichem Wuchs. Stark und entschlossen geht es seinen eigenen Weg, der auf eine organische Weiterentwicklung Deutschlands gerichtet ist. In völliger Unabhängigkeit und in freier Selbstbestimmung, in einer scharfen Distanzierung von dem Sozialismus rechts und dem Sozialismus links. Gleichzeitig in einem hingebenden und opferbereiten Dienst an dem deutschen Gedanken, der durch den Namen Brü-

¹ Im oldenburgischen Landesteil Lübbeck-Eutin beginnt jetzt nach den letzten Wahlen zum Oldenburgischen Landtag, die bekanntlich eine nationalsozialistische Mehrheit gebracht haben, das „Erwachen“ der Deutschnationalen. Die nationalsozialistischen Mitglieder des Landbundes haben die Deutschnationalen aus allen Vorstandsämtern hinausgewählt. Dieses Vorgehen erfolgt planmäßig auf der ganzen Linie. („Bosfische Zeitung“ Nr. 284 vom 14. Juni 1932.)

ning stärker denn je persönlich, menschlich-warm und zugleich im Sinne heroischer Pflichtleistung umschrieben ist. In ihm ist deutsche Politik für Millionen zur Sendung des Führers geworden.

Die Auflösung des Reichstags

Der Reichstag ist jäh aufgelöst! Wozu eigentlich? War das notwendig? Wirklich nicht. Der Reichskanzler Brüning verfügte über eine schmale, aber doch über eine sichere Mehrheit im Reichstag. Dazu trat das starke Fundament einer sachlichen Arbeit, die auch nach dem Zeugnis anderer in große Zusammenhänge gebettet war. Warum ein solches Kabinett stürzen? Es geschah zum Schaden der schwer kämpfenden deutschen Wirtschaft, die politische Erschütterungen nicht vertragen kann, die mindestens mehrere Monate darunter leidet, daß Initiative, Kredite, Kontingentierungen, Devisenbeschaffungen sich immer schwieriger gestalten². Das politische und wirtschaftliche Mißtrauen, das in Europa und Uebersee gegen Deutschland beachtlich besteht, hat neue Nahrung empfangen³. Niemand kann das leugnen, der die öffentliche Meinung des Auslandes sorgsam verfolgt. Der in Lausanne am 17. Juni 1932 durch die Fünfmächte-Erklärung gefundene Zahlungsausschub, dieses kurze Moratorium, ist nur als eine formale Bestätigung des wirklichen Zustandes zu betrachten. Der bewilligte Ausschub läßt die volle Unsicherheit mit ihren nachteiligen Folgen bestehen. Mehr als das. In der Zeitspanne zwischen Brüning und Papen ist inzwischen eine Neugruppierung der Großmächte erfolgt. Worin zeigt sich diese?

Brüning war es in der zähen Arbeit zweier Jahre gelungen, in

² Mit Recht hat der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei am 19. Juni in einer Entschließung festgestellt: „Die Bayerische Volkspartei betrachtet Auflösung und Neuwahl des Reichstages im Augenblick schwerster außenpolitischer, finanzieller und wirtschaftlicher Gefahren für eine Sünde am deutschen Volke.“

³ Es läßt tief blicken, wenn die regierungsnahen „Deutsche Allgemeine Zeitung“ noch zweieinhalb Wochen nach dem Regierungskurz mahnt: „Man muß auch hoffen, daß Herr von Papen nicht unterlassen wird, in einigen Bemerkungen auf die Motive und politischen Absichten des letzten Regierungswechsels in Deutschland einzugehen, die im Auslande vielfach immer noch nicht verstanden werden.“ (Nr. 277/8 vom 17. Juni 1932.)

einer großzügigen außenpolitischen Gesamtschau und Gesamthandlung mit Hilfe der angelsächsischen Mächte Frankreich taktisch zu vereinsamen. Ueber MacDonald führte der Weg zu Hoover und nach Genf. Brüning überwand die Starrheit des diplomatischen Schützengrabenkrieges, indem er neue Methoden der Beweglichkeit entfaltete. Chequers, Paris, Rom, Berlin wurden zum erstenmal in der Nachkriegszeit Stationen einer freieren Aussprache, einer unmittelbaren Anknüpfung, einer sachlichen und fachlichen Beratung, die eine bemerkenswerte und zugleich elastische Emanzipation von der Genfer Bürokratie zum Kummer des Generalsekretärs Sir Eric Drummond bedeuteten⁴. Wer jedoch nunmehr die Annäherung des Kabinetts Herriot an London beobachtet (die neu erwachte „französisch-englische Parallelität“, Pariser Vorverhandlungen über die Konferenz in Lausanne, französischer Flottenbesuch in Neapel), kann nur zu seinem tiefen Bedauern feststellen, daß zurzeit Deutschland in die Gefahrenzone einer Vereinsamung gedrängt wird, die endgültige Entscheidungen und Lösungen ungemein erschwert und weiter hinauszieht. Das ist die bittere Einbuße und das sehr ernste Verlustkonto der Auflösung und eines mit leichter und unbedachtamer Hand vollzogenen Kabinettssturzes, soweit außenpolitische Zusammenhänge in Frage kommen⁵.

Dazu steigt das Wahlfieber. Es ist in den Augen des Auslandes kein Ausdruck der Stetigkeit und Beruhigung, daß in Deutschland unausgesetzt Wahlen am laufenden Band und in einer politischen Ueberernährung erfolgen. Mit der Inflation des Stimmzettels geht das Wachstum revolutionärer Gesinnung Hand in Hand.

Es ist in der Tat kein Zeichen gesammelter nationaler Kraft, daß sich Millionen Menschen anscheinend nur wohl fühlen, wenn sie in

⁴ Das denkbar beste Zeugnis für Brünings außenpolitische Leistung stellt wohl die „Kölnische Zeitung“ aus, wenn sie angesichts der Lausanner Reparationskonferenz gestehen muß: „Für uns ist tragisch zu nennen, daß auf deutscher Seite der Mann fehlt, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit, mit taktischem Geschick und weltpolitischer Klugheit eingesetzt hatte, um die Hinderniswand vor einer endgültigen Reparationslösung zu durchbrechen. Seine Nachfolger können nichts anderes als das, was er angebahnt hat, nach bestem Vermögen fortzusetzen.“ (Nr. 325 vom 17. Juni 1932.)

⁵ Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die dem Kabinetts Papen nahe steht, fühlt, daß eine kurzfristige Reichskanzlerschaft in Lausanne sich wenig günstig bemerkbar macht: „Man fragt nach seinen Chancen nach dem 31. Juli 1932, dem Tag der Reichstagswahl.“ (Bericht über die erste Reichskanzlerrede in Lausanne vom 17. 6. 1932.)

den unablässig flutenden Massenrhythmus der Wahl­ tätigkeit und Wahlversammlungen einbezogen sind, denen sich bald da, bald dort der Kampf um die Straße anreihet. Man vergleiche jeweils die Verlustlisten an Verletzten, auch an Toten, die die Montags­ presse veröffentlicht. Dazwischen erfüllen sich Nebenzwecke, daß mit den Eintrittskarten der Massenversammlungen die Masse die Masse ernährt (Unterhalt der SA.). Das sind kollektivistisch-mechanistische Methoden der Hugenberg und Hitler, die uns nicht weiter helfen, sondern nur tiefer in das Elend stürzen.

Die Vorgeschichte

Die Auflösung des Reichstages hat ihre dunkle Vorgeschichte. Von ihr wird mit einiger Deutlichkeit zu reden sein. Denn der Rück­ tritt von Brüning hat eine ungeheure Bewegung im Lande hervor­ gerufen, auch jenseits unserer Kreise. Wenn es sonst bei einem Kabinettssturz fast gleichgültig hieß: „Mann über Bord“, so fühlten Millionen, daß sich beim Abgang von Brüning etwas Außer­ ordentliches vollzog. Mit seiner Persönlichkeit, mit seinen außen­ politischen Begegnungen, mit seinen nach innerem Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit suchenden Notverordnungen, mit der praktischen Ueberwindung der Arbeitsunfähigkeit des Reichstags begann eine neue Wende der deutschen Politik, auch des Parlamentarismus. Mehr noch als bei Stresemann wurde sein Name Sinnbild einer neuen politischen Form. Brüning wurde jenseits alles Parteipoliti­ schen zur Sammlung hoffender Deutscher. Man erlebte mit ihm einen Generalnenner nationaler Verantwortlichkeit und deutscher Welt­ geltung. Die ganze Art seiner hastigen Entlassung mußte darum außerordentlich überraschen. Dieses Kabinett ist nicht in einem Frontalkampf, nicht in offener Feldschlacht im Reichstag geworfen.

Die Methode war ungewöhnlich. Der einfachste Mann fühlte, daß hier Dinge und Angriffe gespielt haben, die das Dunkel liebten. In der Tat hat sich in aller Stille die Politik des Hinterhaltes or­ ganisiert, die Fronde sich aufgebaut und die Exklusivität des Herren­ klubs sich in Bewegung gesetzt. Das Komplott dieser kleinen Gruppe, die man als die „Dritte Front“ (Zehrer) bezeichnete, vollzog sich

zu einer Zeit, in der Dr. Brüning den Weg der mühevollen Sachlichkeit ging, um die letzte Notverordnung vorzubereiten und um die deutschen Forderungen für Lausanne und für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz zu entwickeln. Auf ihn paßt Lagardes Wort, daß deutsch sein bedeute, eine Sache um ihrer selbst willen tun.

Die Wühlereien gegen Brüning vollzogen sich bereits seit Monaten, eigentlich schon seit einem Jahre. Nur die Reichspräsidentenwahl schuf einige Hemmungen. Von Zeit zu Zeit tauchten immer wieder Pressemeldungen auf, die von Intrigen gegen das Kabinett Brüning erzählten. Die Nachrichten mehrten sich, wurden bestimmter und dringlicher, wenn Hindenburg oder Brüning die Reichshauptstadt verlassen hatten. Allmählich verband sich mit diesen Nachrichten der Name des Generals von Schleicher. Welche Rolle der willensstarke, aber auch geltungsbedürftige General spielte, war noch undurchsichtig. Man sagt, daß er zunächst gegen und später für die SA-Abteilungen eintrat.

Erst als Groener das Reichswehrministerium verlassen mußte, wurden die Umrisse deutlicher. Schleicher zielte offenbar auf eine völlige Umbildung oder auf den Sturz des Kabinetts Brüning. Stand er mit den Nationalsozialisten in näherer Verbindung? Die Vermutung schien sich zu bestätigen, als man einige Wochen vorher erfuhr, daß der Chefredakteur eines nationalsozialistischen Hamburger Blattes den Abschied nehmen mußte, weil er sich in mißfälliger Weise über General von Schleicher geäußert hatte. Daß es im ursprünglichen Plan Schleichers lag, selbst die Macht zu ergreifen, ist anzunehmen. Anscheinend hat ihm jedoch der Anfang Mai aus Bayern gerichtete Vorstoß gegen die „Generalskamarilla“ zur Warnung gedient. In diesen Presseverlautbarungen war die Rede von einem „konzentrischen Angriff“ auf die Regierung Brüning, der von den Generalen des Reichswehrministeriums ausginge. Es ist wohl nicht von ungefähr, daß seit dieser Zeit andere Namen umhergegangen und mit irgendeiner dunklen Kabinettskonzeption verbunden worden sind. Man sprach von Gessler und Bracht. Doch diese Namen verschwanden bald wieder, da beide Männer nicht mitmachten. Sie zeigten aber die Richtung an. Man sann wohl darauf, durch welche Persönlichkeit man die Zentrumspartei hätte an sich fetten oder wenigstens neutralisieren können. Von Schleicher zu Papen war somit ein kurzer Weg. Eine langjährige persönliche Bekanntschaft ver-

mittelte. Ebenso empfahl sich die Tatsache, daß Herr von Papen in der Zentrumspartei tätig und einer der Hauptaktionäre der hauptstädtischen Zentrumszeitung „Germania“ war.

Seit wann Herr von Papen in dem Spiel der Intrigen zum Nachfolger Brünnings ausersehen war oder sich ausersehen hatte, steht nicht ganz fest. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß in Kreisen des Auswärtigen Amtes und in gewissen Berliner politischen Zirkeln dieser Name schon früher umging. Bereits in einer Notiz des Berliner 12-Uhr-Blattes vom 6. Oktober 1931 ist Herr von Papen als künftiger Reichskanzler genannt worden. Das „Berliner Tageblatt“ (vom 1. 6. 1932) erzählt zu dieser Vorgeschichte: „Wir wissen jetzt, daß die Idee eines solchen Kabinetts unter Papens Führung schon vor vier Wochen fix und fertig war, als Plan jener Gruppe, die sich um bestimmte politisierende Generale geschart und wohl auch bei dem Sturz Brünnings den entscheidenden Stoß geführt hat.“ So konnte das Kabinett Schleicher-Papen innerhalb 24 Stunden dem Reichspräsidenten vorgestellt werden. Mit militärischer Pünktlichkeit. Mit einem neuen politischen Ererzierreglement.

In diese Zusammenhänge führt der Informationsdienst des „Tat-Kreis“^{5a}, der in Nr. 18 vom 9. Juni 1932 (Seite 4) bemerken konnte:

„Es ist das Verdienst des Generals von Schleicher, gemeinsam mit einigen anderen, den Wechsel von Langer Hand vorbereitet zu haben. Ein Teil der neuen Ministerliste war schon seit langem festgelegt. Das gilt insbesondere von der Person des neuen Reichskanzlers, der wegen seiner früheren Stellung in den U. S. A. schon vor einigen Wochen — als Brüning noch gar nichts ahnte — dem amerikanischen Botschafter für den Fall benannt worden ist, daß es zu der geplanten Neuordnung käme. Nach Ausräumung der evtl. von Washington zu erwarten gewesenen Schwierigkeiten, schien von Papen auch deswegen besonders geeignet, weil er eine Brücke zum katholischen Deutschland darstellte und starke Teile desselben vom Zentrum abziehen sollte. Gleichzeitig war er in Paris als einer derjenigen bekannt, die sich für eine Politik der Annäherung und die Aufnahme der Polen in solchen Pakt einsetzten.“

Schon bei der letzten Reichstagsabstimmung, in der zweiten Maiwoche 1932, gedachte man den Kanzler zu stürzen. Über der Erfolg seiner Rede war so außerordentlich wuchtig und sein außenpolitisches Nein wog so schwer, daß man noch einige Zeit abwartete. Erst im

^{5a} Herausgegeben von Hans Zehrer und Ferdinand Fried. Anschrift: Tat-Kreis, Hauptgeschäftsstelle, Berlin W 50, Rankestraße 1.

letzten Augenblick griff Brüning zur Gegenwehr. Er dürfte beim Reichspräsidenten, als dieser von Neudeck zurückkehrte, wohl darauf gedrungen haben, während der schweren Verhandlungen in Lausanne keine Umbildung des Kabinetts vorzunehmen, um in voller Ruhe den drängenden außenpolitischen Verhandlungen zu dienen. Zum anderen dürfte er wohl auch den Einfluß dieser unverantwortlichen Ratgeber als für die Zukunft unmöglich erachtet haben. Der Reichspräsident hat sich den Auffassungen, die der Kanzler mit guter Begründung vortrug, nicht angeschlossen. Andererseits lehnte es der Reichspräsident, wie bald in der Presse festzustellen war, ab, eine neue Notverordnung zu unterzeichnen, die er doch von Papen bald zugestehen mußte. Er sah ebenso davon ab, auf den Boden der Siedlungsvorschläge zu treten. Mit diesen und anderen Gegensätzlichkeiten wurde die Trennung heraufgeführt. Daß die Verabschiedung allerdings so hastig, so kalt, so geschäftsmäßig erfolgte, hat ganz tiefgehende Verstimmungen und stärkstes Befremden weit über unsere Kreise hinaus ausgelöst.

Der Reichspräsident

Unser Verhältnis zum Reichspräsidenten ist damit bei vielen berührt. Für manche, die die ganzen Zusammenhänge überdenken, wirft sich die Frage auf: War es richtig, überhaupt den Reichspräsidenten zu wählen? Diese Frage ist mit einem klaren, unzweideutigen Ja zu beantworten. Wir wußten, daß der Reichspräsident nicht unserer politischen und weltanschaulichen Auffassung ist, aber wir wußten ebensogut, daß mit ihm ein verfassungsmäßig gesinnter Präsidentschaftskandidat gestellt wurde, und daß der andere Kandidat, Hitler, als Führer von sozialrevolutionär gerichteten Gruppen anzusprechen sei. Hier blieb gar keine andere Möglichkeit, als Hindenburg zu wählen. Noch ein anderes. In unserer Weltanschauung ist der Autoritätsgedanke so tief verankert und auf sittliche Ueberzeugungen gestützt, daß wir gegen unsere eigenen Grundauffassungen handeln würden, wenn wir mit-helfen, in diesen Zeiten innenpolitischer Wirrnis Autoritäten zu zerrümmern. Eine wahrhaft positive Staatsgesinnung verbietet das.

Es kommt hinzu, daß wir nur wenige Männer in der deutschen Geschichte der letzten Generation haben, die völlig unumstritten sind. Wir können auch von dieser Seite den Namen Hindenburg nicht entbehren. Eine Nation kann sich nicht den Luxus leisten, sich zur nackten Armut und zum ewigen Zwiespalt zu verurteilen, wenn es sich darum handelt, die großen Führerpersönlichkeiten und Bildner deutschen Geschehens zu erkennen und diese mit dem Griffel von Thomas Carlyle und F. Wilhelm von Giesebrecht, Heinrich von Treitschke und Ludwig von Pastor herauszuarbeiten. Das wäre eine Verkümmernng vollklicher Kraft und eine Beraubung nationalen Bewußtseins. So soll der Name Hindenburg in seiner monumentalen Größe in sich bestehen bleiben. Wir denken nicht daran, zu verbrennen, was wir gestern anbeteten.

Aber ein anderes, was die Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls und seine Umgebung scharf unterscheidet, muß ebenso deutlich gesagt werden. Jene politischen Berater des Reichspräsidenten, die seit Monaten gegen das Kabinett Brüning wühlten, trifft die volle und große Schwere der Verantwortung, daß sie mit der Autorität des Reichspräsidenten leichtsinnig und verschwenderisch umgegangen sind; daß sie unheilvolle Risse und bedauerliche Verhärtungen in das Gefühlsleben des deutschen Volkes gettrogen haben. Noch ist die Erinnerung daran frisch, daß Millionen für den Reichspräsidenten stimmten, indem sie vieles hintansetzten, was sie hemmte, indem sie eine feelische Disziplinierung aufwiesen, die als eine politische Bravourleistung und als überragende volkspolitische Tat zu bewerten ist. Die Umgebung des Reichspräsidenten hat sehr schnell vergessen, daß es der Reichskanzler Brüning war, der dem Wahlkampf das große und volkshationale Gepräge gegeben hat, mit Einsatz seiner ganzen rednerischen Kraft, und, was mehr war, mit der Hingabe seiner starken, geschlossenen und hinreißenden Persönlichkeit. Es war dabei ein Wagnis, daß dieser kühne Kanzler selbst nach Ostpreußen und Pommern ging, um auch dort die Standarte des Reichspräsidenten im Wahlkampf aufzupflanzen. Das war jener Paladin, der in einem wundervollen Wort über seine Zusammenarbeit mit dem Reichspräsidenten am 25. Februar 1932 im Reichstag erklärte: „Wenn ich immer wieder Hoffnung in diesem Kampf schöpfen konnte, dann, weil ich einem Mann dienen durfte, wie dem Reichspräsidenten von Hindenburg.“ Das ist ein Bekenntnis, das den Reichskanzler

heute noch ehrt, das aber die Umgebung des Reichspräsidenten heute noch beschämen darf.

So sind in der kurzfristigen Umgebung des Reichspräsidenten un-
gemein schwere politische Fehler gemacht worden. Ein großes
Kapital an Vertrauen wurde zerstört und wichtige Zugänge, die
sozialpädagogisch und staatsbürgerlich zur Volksseele gefunden waren,
wurden verschüttet und verbarricadiert. Man hat in Hinblick auf
die Reichspräsidentenwahl mit Recht bemerkt, daß es in der Welt-
geschichte ein völlig unerhörter Vorgang ist, daß ein siegreicher Feld-
marschall am Tage nach der Schlacht die siegreichen Truppen abgibt
und verläßt. Damit ist viel Vertrauen zerstört. Gegen dieses System
der unverantwortlich handelnden Ratgeber werden wir in
den nächsten Monaten politisch auf das schärfste vorgehen, weil wir
eine einseitige Unterrichtung und Okkupation des Reichspräsidenten
durch Schleicher und Straßer nicht als einen Fortschritt der Nation
und als eine Festigung der Volksgemeinschaft erachten. Das Amt des
Reichspräsidenten kann seiner Sendung am ehesten gerecht werden,
wenn es sich um das Gesamtvertrauen des Volkes müht und
dieses immer wieder neu erobert. Diesen Fundamentalsatz der
deutschen Politik mögen sich Hindenburgs Ratgeber gesagt sein lassen.

Das Kabinett der Episode

An die Stelle von Brüning ist von P a p e n getreten. Es mußte
ein ungemein peinliches Gefühl in Zentrumskreisen auslösen, daß,
da der hervorragendste Zentrumspolitiker ging, ein anderer Zentrums-
mann seinen Posten einnahm. Das hat in unseren Wählerkreisen eine
außerordentliche Beunruhigung ausgelöst. Mit Recht. Ein politischer
Verband von der Bedeutung, von der deutschen Mission und von
der Ueberlieferung des Zentrums hat auch eine bestimmte Würde,
eine bestimmte Disziplin und eine bestimmte Solidarität zu vergeben,
die für jeden unerläßlich ist, der zu ihren Reihen zählen will.

Die Annahme des Reichskanzleramtes veranlaßte Herrn von
P a p e n am 2. Juni 1932 zu folgendem Schreiben an den Prälaten
R a a s :

„Sehr geehrter Herr Prälat! In einer der schicksalsvollsten Stunden
deutscher Geschichte hat mich der Herr Reichspräsident berufen, die neue

Regierung zu bilden. Die seelische und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt gebieterisch die Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte — aus welchem Lager auch immer sie kommen mögen —. Nicht als Parteimann, sondern als Deutscher bin ich — gewiß nicht leichten Herzens — dem Ruf des Mannes gefolgt, dem die Nation soeben einen überwältigenden Beweis ihres Vertrauens erteilt hat, und dessen wahrhaft historische Persönlichkeit auch in den schwersten Stunden deutscher Geschichte nie etwas anderes erstrebte, als die Zusammenfassung aller dieser Kräfte zum Wohle des Landes. Ein solcher Schritt kann nicht im Widerspruch stehen zu der unermüdlischen, planvollen und sachlichen Arbeit des Kanzlers Dr. Brüning, deren Würdigung einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleibt. Auch die Deutsche Zentrumspartei und der in ihr politisch organisierte Katholizismus werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das neue Deutschland nur auf der Grundlage der Kräfte aufgebaut werden kann, die die geistige Wende unserer Tage zur Hoffnung der jungen Generation gemacht hat. Wenn mich in Folge der Erklärung der Deutschen Zentrumspartei der Weg heute leider von Ihnen trennt, so lebe ich der Hoffnung, daß nicht nur die sachliche Arbeit, die das Land heute von uns fordert, uns bald wieder vereinigen wird. Mehr noch ist es die unerschütterliche Ueberzeugung, daß die Voraussetzung jeder Wiedergenesung der Nation die rücksichtslose Geltendmachung der unveränderlichen Grundsätze unserer christlichen Weltanschauung sein muß.“

Dr. Raas hat dem „parteilosen“ Deutschen und dem fehlerhaften Gedankengang des „rücksichtslosen“ Christentums folgende Antwort gegeben:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Indem ich Ihnen den Empfang Ihres geehrten Schreibens vom heutigen Tage dankend bestätige, möchte ich bei der Bedeutsamkeit der politischen Gesamtlage und angesichts der Tatsache, daß Sie Ihren Brief der Öffentlichkeit übergeben haben, nicht darauf verzichten, Ihnen folgendes zu erwidern:

Wenn Worte einen Sinn und Erklärungen einen Wert haben sollen, mußte ich auf Grund unserer Aussprache am Dienstag nachmittag mit Sicherheit annehmen, daß Sie das Amt des Reichskanzlers aus zwingenden Gründen nicht übernehmen würden. Von dieser Auffassung ausgehend, habe ich mich in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes für die Loyalität Ihrer Entschliebung verbürgt. Unmittelbar danach traf die Nachricht ein, daß Sie im Gegensatz zu der mir gegebenen Zusage anders entschieden hätten.

Wenn Sie in Ihrem Schreiben als ein Motiv die Notwendigkeit einer „Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte“ betonen, so umschreiben Sie ein politisches Ziel, an dem die Zentrumspartei und ich selbst im Sinne der Verwirklichung des nationalen Volksstaates seit Jahren unermüdt arbeiten. Die Verwirklichung eines solchen Gedankens verlangt aber eine möglichst breite Basis, d. h. den ernstgemeinten Versuch zur Zusammenfassung der aus allen Lagern sich zu staatspositiver Arbeit bereitfindenden Kräfte. Sie selbst, verehrter Herr Reichskanzler, haben mir seinerzeit im Anschluß an Ihre Dülmener

Rede und in Ausdeutung derselben ausdrücklich erklärt, daß zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken, selbst der sozialdemokratischen Linken gehören sollten.

Für uns ist es dabei eine vom katholischen Gewissen herkommende Selbstverständlichkeit, daß den Grundsätzen des Christentums die ihnen gebührende Einflußnahme auf das gesamte Staatswesen in tatkräftigem Handeln gesichert werden muß. Ein solcher Grundgedanke muß dann aber auch von jenen Kräften bejaht und in der Praxis getätigt werden, die ein neues Deutschland heraufführen wollen. Die Hoffnung der jungen Generation wird eine große Enttäuschung erfahren, wenn man nur äußerlich diese kulturelle Parole ausgeben würde, ohne daß alle führenden Kräfte der nationalen Konzentration die Fähigkeit und Bereitwilligkeit mitbrächten, diese Parole auch sachlich und innerlich bis in ihre letzten Folgerungen zu verwirklichen. Ein Christentum der Etikette wäre wertlos. Was allein auch im Politischen helfen kann, ist das Christentum der Tat.

Sie unterscheiden zwischen dem Parteimann und dem Deutschen. In meiner Ueberzeugung ist für eine solche Teilung kein Platz. Sie als Kenner meiner politischen Auffassungen werden auch am wenigsten annehmen können, daß ich bzw. die von mir geführte Partei fähig wäre, über parteiegoistischer Enge das Vaterländische zu vergessen. Beweis hierfür ist unser Eintreten für denjenigen Mann, den Sie in Ihrem Schreiben als Symbol der Zusammenschaffung bezeichnet haben.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß der frühere Herr Reichskanzler Dr. Brüning in Uebereinstimmung mit meiner Partei und mir den Versuch gemacht hat, die Wahl des Herrn Reichspräsidenten als gemeinsamen Kandidaten des gesamten Volkes jenseits aller politischen Gruppierungen ohne inneren Kampf zu sichern. Diese wahrhaft vaterländische Aktion hat das Verständnis und die Unterstützung auch in solchen Gruppen gefunden, die Sie jetzt aus der nationalen Konzentration ausschließen. Und sie fanden erbitterten Widerstand in Kreisen derer, mit denen Sie die nationale Konzentration jetzt durchführen zu können glauben. Ich würde es begrüßt haben, wenn Sie in Konsequenz Ihrer früheren Haltung aus den erwähnten Tatsachen diejenigen Folgerungen gezogen haben würden, die sich für jeden vorurteilsfreien Beurteiler daraus ergeben haben.

Indem Sie, verehrter Herr Reichskanzler, dieses Moment einer wirklichen Konzentration hintangesezt haben, sind Sie, wie Sie selbst empfunden und in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebracht haben, von dem auf Volksgemeinschaft eingestellten Grundgedanken der Zentrumspartei abgewichen. Sie haben aus diesem Gegensatz bereits die persönlichen Folgerungen für Ihre politischen Beziehungen gezogen.

Ich nehme an und glaube auf Grund mündlicher Äußerungen Ihrerseits dazu berechtigt zu sein, daß der von Ihnen vollzogene Schritt der Trennung von der Organisation der Zentrumspartei Ihnen nicht leicht

gefallen ist. Zu dieser Annahme fühle ich mich um so berechtigter, als Ihr Schreiben eine rückhaltlose Anerkennung der Arbeit unseres hervorragenden Vertreters, des früheren Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning, enthält. Ich bin und bleibe davon überzeugt, daß keine sachlich vertretbare, der inneren Sammlung und der internationalen Friedensarbeit und deutschen Weltgeltung dienende Richtung der deutschen Politik sich von der Linie entfernen kann, welche Herr Dr. Brüning unter namenlosen Mühen und unverdienten Anfeindungen verfolgt hat. Viele von denjenigen, die heute in der Distanzierung von der bisherigen Arbeit und ihren Trägern eine Verbesserung der deutschen Erfolgsaussichten sehen, werden nach meiner Ueberzeugung in kurzer Zeit erkennen, daß der von Ihnen beschrittene Weg ein Irrweg ist.

Berlin, 2. Juni 1932.

In ausgezeichnetener Hochachtung

gez.: Raas."

Das Dokument des Prälaten Raas spricht für sich. Es drängt das Persönliche, wenn es auch im Ausgangspunkt nicht übersehen werden kann, stark zurück und geht in eine große sachliche Linie. —

Eine Reihe von anderen Feststellungen sind noch zu machen. Wir lehnen es vom Zentrum ab, irgendwie mit der Kritik am Kabinett Schleicher-Papen eine Heze gegen den Adel zu entfalten. Wenn wir auch mit mancher Bitterkeit der Haltung einzelner Adelige in den letzten Jahren gedenken, werden wir es nicht vergessen, daß ihre Väter unserem Volke unvergeßliche Dienste erwiesen haben. Mit Stolz stellen wir andererseits fest, daß Fürst Löwenstein und manche andere eindrucksvoll und kraftbewußt mitten in unseren Reihen mitarbeiten. Daß Fürst Löwenstein an der Sitzung des Reichsparteivorstandes der Zentrumsparterie am 8. Juni in Berlin teilnahm und die Verhandlungen mit seinem klugen Rat förderte, wirkte in diesen Tagen eines planvollen Generalangriffs gegen das Zentrum als ein starkes Treuebekenntnis.

Eine andere Frage bleibt allerdings offen, ob es politisch klug war, den Adel in diesem Kabinett zu häufen (von zehn Kabinettsmitgliedern gehören sieben dem Adel an) und damit auch nach außen zu erkennen zu geben, daß bestimmte ostelbische Gruppen zusammen

mit Schleicher und Hitler seit langer Zeit am Sturz des Kabinetts Brüning arbeiteten. Mit dem Gesicht der Herrenschicht sind manche Vorurteile wieder belebt worden, die zu wecken besser unterblieben wäre. Auch vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus.

Wie bereits angedeutet, war in der Tat alles von langer Hand vorbereitet. Die nach der Verabschiedung des Kabinetts Brüning einsehende Befragung der Fraktionsführer des Reichstags war nur eine lose und leere Geste. Eine überflüssige Kulisse. Im Souffleurkasten flüsterte Schleicher. In 24 Stunden im Paradeschritt war das Kabinett gebildet. Nur einige Außenposten fehlten, aber der Kern war bereits vorhanden.

Das Kabinett Papen war von vornherein eine fehlerhafte Konstruktion. Wenn es sich als ein Kabinett der „nationalen Konzentration“ bezeichnet hat, so zeigt ein Blick auf seine einseitige Zusammensetzung, daß es auf diesen volksverbindenden Titel keinen Anspruch erheben kann. Es ist vielmehr ein Kabinett der Trennung und der Abspaltung, nicht aber der energischen Sammlung und volksbreiten Basis. Papen selbst darf nicht befehlen. Auf der Kommando-
brücke steht General von Schleicher. Aber auch Hitler heischt begehrend seinen Anteil, da er mit Schleicher bestimmte Abmachungen getroffen zu haben scheint. Darunter war die Auflösung des Reichstags. Wie der „Deutsche“ mitteilt, sind sodann die weiteren Vereinbarungen erfolgt: erstens Preußen an die Nazis auszuliefern, zweitens nach der Reichstagswahl einen Teil der Kabinettsminister des Kabinetts Schleicher-Papen im Amt zu belassen. Die anderen „künftig wegfallend“. Morituri te salutant! Totgeweihte Minister grüßen die Bendlerstraße und das Braune Haus.

Das Kabinett befand sich den Nazis gegenüber von vornherein in einer drückenden Abhängigkeit. Es ging willfährig auf ihre Forderungen ein, den Reichstag aufzulösen und das SA-Verbot aufzuheben. Das war der Kaufpreis oder die Hausmiete, die die Regierung an die Nationalsozialisten zahlte. Worin besteht der Gegenwert? In einer fragwürdigen Neutralität, die sich schon jetzt vom Kabinett beachtlich distanziert und keine Bindung für die Zukunft übernimmt. Gregor Straßer hat das kühl festgestellt⁶. Die Na-

⁶ Auch der „Wölkische Beobachter“ schrieb am 15. Juni 1932 (zitiert nach der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 442 vom 16. Juni 1932): „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat ihre Haltung zur Regierung von

tionalsozialisten erzielten damit praktisch einen großen Erfolg. Dabei ist aber festzustellen, daß die Nazis die volle Verantwortung für das Kabinett tragen, da sie es dulden⁷.

Das Zentrum ist diesem neuen Kabinett rein sachlich gegenüberübergetreten. Es hat in der Entschließung der Reichstagsfraktion vom 1. Juni 1932 zum Ausdruck gebracht, daß es sich beim Kabinett Papen nur um eine Verlegenheitslösung handeln kann:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute eingehende Berichte über die neugeschaffene politische Lage entgegengenommen. Die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Kabinetts Brüning geführt und im Lande stärkstes Befremden herbeigeführt haben, fanden einmütige und schärfste Verurteilung. Unmittelbar vor zielreicher vorbereiteten internationalen Verhandlungen haben leichtfertige Intrigen verfassungsmäßig unverantwortlicher Personen hoffnungsvolle Linien einer in großen Zusammenhängen eingeleiteten nationalen Aufbaupolitik jäh unterbrochen und den wirtschaftlichen und sozialen Existenzkampf aller Gruppen des deutschen Volkes wesentlich erschwert. Die Deutsche Zentrumspartei hat im Laufe der Geschichte immer wieder unter Selbstaufopferung politische Verantwortung übernommen und getragen. Sie hat es getan im Zeichen einer christlich-nationalen Staatspolitik und einer moralischen Auffassung des öffentlichen Lebens. Indem wir uns erneut zu diesen staatspolitischen Grundlagen bekennen, verworfen wir das monatelang geübte System unkontrollierbarer Treibereien und erklären, daß wir für alle hieraus sich ergebenden Erschwerungen unseres inneren Lebens und

Papen von deren Taten abhängig gemacht. Sie lehnt diese erste Notverordnung als neue, für das deutsche Volk unerträgliche Belastung um so mehr ab, als sie in dieser ersten praktischen Maßnahme der Regierung keinerlei Anhaltspunkte für eine genügende Uenderung der bisherigen Politik zu erkennen vermag. Die Regierung stellt in ihrer Erklärung zur Notverordnung zwar grundlegende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht, solange sie aber dieses Versprechen nicht durch Taten zu belegen in der Lage ist, hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei keinen Anlaß, ihre seit jeher vertretene Auffassung zu ändern.“

⁷ Die Presse des 19. Juni gibt ein vertrauliches Rundschreiben bekannt, das Goebels als Reichspropagandaleiter der NSDAP versandt hat. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Wir fordern Abrechnung mit den Verantwortlichen für die 13 Jahre hinter uns, keineswegs aber, wie die Propaganda der Gegner vortäuschen möchte, über die notwendigen Uebergangswochen des Kabinetts von Papen. Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben, um jedem derartigen Versuch unserer Gegner von vornherein die Spitze abzubreaken.“ Damit ist von parteiamtlicher Seite klargestellt, daß die Nationalsozialisten das Kabinett von Papen dulden und darum für die Taten dieses Kabinetts, insbesondere die letzte Notverordnung, verantwortlich sind.

äußerer Möglichkeiten jede Verantwortung ablehnen. Solche Verlegenheitslösungen sind keine „nationale Konzentration“. Sie bieten auch keinerlei Bürgschaft für die Fortführung einer Außen- und Innenpolitik, wie sie die Zeitumstände gebieterisch verlangen. In einem Augenblick schwerster politischer Beunruhigung und politisch ungeeigneter Versuche hält es die Zentrumsfraktion für ihre Pflicht, eine Gesamtpolitik zu fordern, in der nationale Freiheit und Gleichberechtigung, entschlossener Kampf mit dem Kernproblem der Arbeitslosigkeit, Sicherung unserer Währung, Erhaltung selbständiger Existenzen in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, Gewährleistung sozialer Grundrechte und Fürsorgemaßnahmen und volkswirtschaftliche Siedlungspolitik Wesensbestandteile sind. Aus dieser Überzeugung heraus lehnt die Zentrumsparterie die Zwischenlösung ab.“

Die innere Logik der Dinge forderte, daß die Hitlerleute, nachdem sie das Kabinett mitgestürzt hatten, nunmehr auch die Verantwortung übernahmen⁸. Wer stürzt, muß sich zu seiner niederreißenden Haltung auch praktisch bekennen. Wer zur Macht drängt, muß auch den Mut aufbringen, vor dem Land durch Eintritt in die Regierung die Mitbestimmung zu übernehmen. Damit hätte die Opposition auch zeigen können, ob sie die innere Kraft besitzt, das Befreiungswerk von Brüning weiterzuführen.

Somit konnte ein Übergangskabinett wie das des Herrn von Papen nur den wahren Sachverhalt verschleiern, indem es den Nationalsozialisten einen bedeutsamen Machteinfluß einräumte, ohne sie mit der Schwere einer offenen Verantwortung zu belasten. Diese Regierung der Kurzfristigkeit und der Wahlmacher bedeutete ein kostspieliges Geschenk an die Nationalsozialisten. Das ergab eine gefährliche Stärkung ihrer Stellung im kommenden Wahlkampf. Möglich, daß Herr von Schleicher dieses Ziel im Auge gehabt hat. Wir glauben jedoch nicht, daß der Reichspräsident gleiche Absichten hegte. Jedenfalls gab es für das Zentrum keine andere Lösung, als ein klares „Nein“, das jede Halbheit und Unentschiedenheit, die in dieser hochgespannten politischen Atmosphäre für den

⁸ Mit Recht bemerkte die „Kölnische Zeitung“ in Nr. 301 vom 5. Juni 1932: „Nachdem der Reichspräsident Brüning's Rücktritt angenommen hatte, und weiterhin sogar die Erfüllung wichtiger nationalsozialistischer Forderungen wie die Auflösung des Reichstags, die Aufhebung des SA-Verbots und die Zurücknahme aller Wahlbehinderungen für die Nationalsozialisten in Aussicht gestellt hatte, gab es für die Nationalsozialisten keinen Grund mehr, sich der Verantwortung zu entziehen. Es gab aber auch für den Reichspräsidenten keinen Grund, die Nationalsozialisten von der Verantwortung zu befreien.“

Staat lebensgefährlich und wirtschaftsschädigend wirkte, von vornherein abschnitt⁹.

Die Regierung Papen stört den normalen Ablauf des politischen Kräftespiels. Aber auch von der s a c h l i c h e n Seite kamen die stärksten Bedenken.

Das durch den Kabinettssturz durchbrochene außenpolitische und innenpolitische Gesamtwerk Brüning's wurde nunmehr politischen Experimenten ausgeliefert, die keinerlei Bürgschaften für die Durchführung einer äußeren und inneren Politik in sich schließen, wie sie von den Zeitumständen gebieterisch verlangt werden. Dieses Provisorium, dieses Episodenhafte, dieses bloße Uebergangskabinetts, dieser vorübergehende Status, macht sich immer wieder in den verschiedensten Gebieten des Politischen nachteilig geltend.

Warum nicht mit Schleicher-Papen?

Wer die mitgeteilten Tatsachen auf sich wirken läßt, kann sich die Frage, warum das Zentrum praktisch nicht nach rechts gehen konnte, leicht beantworten. Die rechte Seite ist nicht mehr so gelagert, wie sie vor einigen Jahren sich noch darstellte. Es gibt außerhalb der nationalsozialistischen Bewegung nur noch eine geduldete Rechte von Hitlers Gnaden. Das sind die Hugenberg-Leute. Sie können keine initiatorsche Koalitionspolitik mehr entfalten. Dagegen dachte die maßgebende nationalsozialistische Rechte gar nicht daran, in ein Kabi-

⁹ Auch in Kreisen derer, die nicht Freunde des Zentrums sind, ist diese ablehnende Haltung vollauf verstanden worden. So schreibt die rechtsstehende „Kölnische Zeitung“ (Nr. 293 vom 1. Juni 1932): „Allerdings muß der Versuch unternommen werden, die indirekte Mitverantwortung der Nationalsozialisten in eine direkte Verantwortung zu verwandeln.“ Wie notwendig es ist, im Interesse der innen- und außenpolitischen Lage eindeutige Verantwortlichkeiten herzustellen, bedarf keiner besonderen Erörterung mehr.“ In der »Frankfurter Zeitung« (Nr. 401/403 vom 1. Juni 1932) heißt es: „Die offizielle Zentrums politik ist klar und richtig: diejenigen, die den Umschwung herbeigeführt haben, sollen die volle Verantwortung übernehmen. Wir sind der gleichen Meinung: Jede Halbheit ist heute von Schaden.“ Selbst die der Regierung Papen nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (vom 2. Juni) bedauert, „daß es nicht möglich war, die Nationalsozialistische Partei gleich jetzt in die politische Verantwortung miteinzubeziehen und sie sich an den gewaltigen Aufgaben der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik miterproben zu lassen“.

nett der Totallösung einzutreten, sondern gab sich mit dem Scheinkabinett Schleicher-Papen zufrieden, das als Wahlmanager und als Schrittmacher für sie tätig sein sollte. Ebenso denken die Nazis in Preußen vorläufig nicht an eine Neuwahl des Ministerpräsidenten. Damit hat die Rechte eine glatte Abstinenzpolitik angemeldet.

Wir haben durch Dr. Raas dem Reichspräsidenten erklären lassen, daß wir jede Totallösung im Reiche objektiv prüfen werden. Auch Brüning hat zum Ausdruck gebracht, daß er grundsätzlich der Rechten sich durchaus nicht versagt, wenn er in der Plenarsitzung des 28. Febr. 1932 feststellen konnte: „Die Chancen für die Rechtspartei, die Regierung und die Verantwortung in Deutschland in die Hand zu nehmen, sind in den vergangenen Jahren unzählige gewesen. Versuche sind immer und immer wieder gemacht worden, auch von meiner Partei.“

Der Kanzler hatte Tatsachen für sich, wenn er so offen redete. Als er die Regierung antrat, wurde ihm im Reichspräsidentenhaus die Unterstützung der Deutschnationalen zugesagt, aber diese haben sich versagt. Dabei soll im übrigen, mit einem geschichtlichen Rückblick, festgestellt werden, daß der Rechten im Deutschland der Nachkriegszeit mehrfach die Mitverantwortlichkeit eingeräumt wurde: in den Kabinetten Cuno, Luther und Marx. Von einer einseitigen Linkspolitik kann also keineswegs die Rede sein.

Jene Totallösung, für die sich der Parteiführer Dr. Raas beim Reichspräsidenten eingesetzt hatte, war näherhin zu umschreiben als „eine Kabinettsbildung, bei der unter entsprechenden Garantien den nach der Macht drängenden Kreisen der deutschnationalen und nationalsozialistischen Rechten ohne weiteren Verzug der Eintritt in die Verantwortung eröffnet und damit der destruktiven Phase der Opposition um jeden Preis ein Ende gemacht würde¹⁰.“ Diese Absicht, eine Totallösung zu bringen, hat man nach der Verabschiedung von Brüning weder im Reichspräsidentenhaus noch bei Schleicher, noch bei Hitler ernsthaft verfolgt. Man hat dem Zentrum keine Gelegenheit gegeben, auf parlamentarischer Grundlage mit den Nationalsozialisten zusammenzukommen, weil man sich offenbar an das Versprechen der Neuwahlen gegenüber den Nationalsozialisten gebunden fühlte. Mit krasser Deutlichkeit wird hier sichtbar, wie

¹⁰ „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 154 vom 4. Juni 1932.

schonend man die Nationalsozialisten behandelt hat, indem man ihnen erließ, vor Neuwahlen ihre Regierungskunst zu zeigen. Nicht das Zentrum hat den Weg nach rechts verbaut, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (7. 6. 1932) der Zentrumspartei vorwirft, sondern das Uebergangskabinetts hat sich dazwischengestellt. Es ist damit, statt eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“ in Wahrheit ein „Kabinetts der nationalen Trennung“ geworden.

Was jedoch, um auch diesen Punkt zu berühren, eine Koalition mit der nationalsozialistischen Rechten angeht, so müßten zunächst Garantien geschaffen werden. Es ist unmöglich, daß die SA-Abteilungen in Deutschland Wallensteins Lager beziehen und den Marsch nach Berlin vorbereiten. Wir können nicht dulden, daß unsere Jungmänner dem Terror der Straße anheimfallen (Krefeld, München). Wir müssen es ebenfalls scharf zurückweisen, wenn ausgerechnet Gregor Straßer, der am 10. Mai 1932 im Reichstag bemerkenswert sachlich und versöhnlich sprach, in einer Rede am 4. Juni 1932 zur Lynchjustiz aufforderte. Wir können unsere Mitarbeit nur dann in Aussicht stellen, wenn der Rechtssozialismus ernste Revisionen seiner Auffassungen vollzieht. Die Masse des Stimmzettels ist in sich noch nicht regierungsfähig. Wer daran glaubt, dem Zahlenrausch sich unterordnen zu müssen, verschreibt sich dem Uberglauben des Kollektivismus. Würde das Zentrum anders handeln und sich nach Art der Deutschnationalen den Ansprüchen der Nationalsozialisten auf Alleinherrschaft bedingungslos fügen, so wäre das eine Politik der Selbstaufgabe und des moralischen Selbstmordes. Demgegenüber gibt es für uns nur eine Lösung: das politische Heiligtum jedweder Färbung anzugreifen, ebenso jene Sklavenhalter, die es züchten¹¹. Wir denken nicht daran, uns zu unterwerfen. Wir kämpfen um unsere politische Freiheit.

¹¹ Wie ein Klischee früherer Erklärungen Brüning's, zugleich wie ein Akt unvollkommener Reue wirkt die Entschliebung vom 19. Juni, mit der der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei den Wahlkampf selbständig führen will. „Alle ernsthaften Versuche, die nationalen Kräfte unseres Volkes für ein sauberes und machtvolleres Deutschland auf dem Boden der geltenden Wirtschaftsordnung in geschlossener Einheit in den Kampf zu führen, sind gescheitert. Nunmehr erwartet das Volk klare Fronten und klare Zielsetzungen. Die Gefahr des Versuchs einer Parteidiktatur erfordert den Einsatz aller Wählerstimmen, die gegen sozialistische Irrlehren und einseitige Diktatur die Kräfte der Sachkenntnis, der Besonnenheit und die Anerkennung des sittlich verant-

Nach allem verbot es sich auch, daß Brüning einem derartigen Zwischenkabinett als Außenminister beigetreten wäre. Mit diesem kurzlebigen Kabinett hätte der Verhandlungsführer von Chequers in den außenpolitischen Debatten ein brüchiges Fundament bezogen. Es kam hinzu, daß ihm in seinen zweijährigen Verhandlungen mit den Großmächten seine Stellung als Reichskanzler äußerst zugute kam, da er die Einheitlichkeit der deutschen Wirtschaft, Finanzpolitik und Sozialpolitik außenpolitisch verkörperte. Selten hat ein deutscher Außenminister so konzentrisch gesehen und argumentiert. Auch Stresemann nicht. Es macht sich dabei nach der persönlichen Seite jene souveräne Beherrschung des Materials geltend, mit dem Brüning immer wieder Aktivposten schuf. Seine Methode der international vergleichenden Erörterung des deutschen, französischen und englischen Etats, aber auch seine steuerrechtlichen Vergleiche zwischen diesen Ländern ließen seine Partner erstaunt aufhorchen und machten ihn als Debatter bald gefürchtet. Dieses Wissen, das in der Form stets gemessen und beherrscht auftrat, förderte die Wege der Versachlichung der reparationspolitischen Fragen. In einem Kabinett Schleicher-Papen wäre Brünings Stellung als Außenminister ungemein abgeschwächt worden.

Zudem konnte er sich nicht von einer Clique, von einem Klub, von einer Kamarilla stürzen und wiederum rufen lassen. Auch ein Außenminister hat eine Würde zu vergeben, wenn er erfolgreich sein soll. Die Leistung wurzelt in der Persönlichkeit.

Die Regierungserklärung

Die erste Regierungshandlung des Kabinetts Schleicher-Papen war die Reichstagsauflösung. Als zweite folgte die Regierungserklärung des 4. Juni 1932. Sie lautete:

wortlichen Menschen und seiner Leistung durchsetzen wollen. Die DVP. tritt deshalb in allen Wahlkreisen selbständig in den Kampf. Der Kampf geht heute um die Grundideen deutschen Zukunftsbauens, nicht um Standes- und Tagesfragen. Wir werden den Kampf führen, getragen von der Kraft unseres nationalliberalen Ideengutes, an dessen Unvergänglichkeit wir glauben, weil es ein Stück deutschen Wesens ist. Der Parteivorstand wird beauftragt, alle zur erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staats-erhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben.

Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen.

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig wachsende Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht, und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden.

Zu tief ist schon in allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege des Kompromisses um der Parität willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlage des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen.

Auf außenpolitischem Gebiet ergaben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparation und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterland endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesen Zielen dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg in die Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von den Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.“

Es war in der Geschichte deutscher Regierungskunst ein Vorgang ohnegleichen, daß eine nachfolgende Regierung ihre Vorgängerin mit so harten und überscharfen Vorwürfen traf, wie das Kabinett Schleicher-Papen die Regierung Brüning behandelte. Dieses wegwerfende Urteil war mit dem geschichtlichen Ablauf der Tatsachen wahrhaftig nicht in Einklang zu bringen. Dieser unvollkommenen und völlig einseitigen Stellung hat Brüning mit seinen Mitarbeitern ein Dokument schlichter Sachlichkeit und edler Vornehmheit entgegengesetzt:

Es lautete:

„Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen. Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf

diesem Weg dem Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe?

Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist die Wahrheit?

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die Währungen zerrüttete und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Wirkungen haben mußte. In einer Zeitspanne, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — wie immer die Zusammensetzung einer Regierung sein möchte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzuriegeln. Andre Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte die Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Aufwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als sechs Milliarden Mark gedrosselt.

Das sind nicht »schwache Ansätze«, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche »Anpassung an die Armut der Nation« ist weitestgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen fühlbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampf gegen die Reparationslasten und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen im großen Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reichs nicht vermehrt¹².

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorberei-

¹² Dr. Brüning durfte in Mainz am 18. Juni 1932 bei einer Rede im hessischen Wahlkampf feststellen: „Ich habe in den zwei Jahren schwerster Krise dafür gesorgt, daß die schwebende Schuld des Reichs nicht größer geworden ist und keine neuen Schulden aufgenommen wurden. Eine Tatsache, die in der ganzen Welt der vergangenen Jahre einzigartig dasteht.“ („Rhein-Mainische Volkszeitung“ Nr. 140 vom 19. Juni 1932.)

tungen für die Sicherung des Haushaltsjahrs 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte.

Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiteren Volkstreiben Hoffnung auf Lebensrücksicht auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerks in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen worden. Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung. Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Zeiten und jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volk in aller Öffentlichkeit vorgestellt. Wir haben kein Trümmersfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt. Das Kabinett Brüning hat gegen die zersetzenden Strömungen im Land alle Kraft aufgeboten. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte geistige Ueberwindung dessen, was an zersetzenden Kräften innerhalb des deutschen Volkskörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen als durch überzeugenden christlichen Tatwillen der einzelnen erfolgen. Mit polizeilichen Mitteln allein ist keine christliche Volkskultur zu schaffen. Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglichster Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfälschung bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.“

Die Regierungserklärung des Kabinetts von Papen und Schleicher war, wenn man sie inhaltlich abwägt, äußerst dürftig. Es fehlte das Hoffnungsfrohe und das Mitreißende, mit dem man sich an den Opfermut des Volkes hätte wenden können. Man wurde zudem dort überkritisch und ungerecht, wo man das Verbindende zu Brüning hätte suchen sollen. Daß diese Verlautbarung ein J'accuse, einen einzigen Anklageruf gegen die Regierung Brüning ausstieß, war auch deswegen eine Schwäche, weil die neue Regierung einem gespannt wartenden Reichstag sich nicht stellte, weil sie zum andern noch gar keine Taten aufzuweisen hatte. Der Gedanke der „nationalen Konzentration“ war nicht nur in der Zusammensetzung des Kabinetts, sondern auch in der programmatischen Gedankengebung völlig mißlungen, wenn er auch nach der Formel von Coué stereotyp wiederholt wurde.

Anderes war noch bedenklicher.

Die Art, wie hier vom „Staatssozialismus“¹³ und vom Staat als von einer „Wohlfahrtsanstalt“ gesprochen wird, ist rein schlagwortmäßige Prägung, die in der Tiefe der berührten Fragestellung und der Sinnggebung der Sozialreform auch nicht im entferntesten gerecht wird. Man übersieht dabei Stegerwalds großes verführendes Reformwerk, das Wirtschaft und Sozialpolitik in einen inneren und lebendigen Ausgleich zu bringen versuchte. Hier wurden in mühevoller Arbeit Lösungen vorbereitet, die sicherlich große Opfer auf seiten der Werktätigen erforderten, die aber gleichzeitig ihre lebensvolle organische Beziehung zum Gesamtstaat wahrten und der sozialen Verelendung Rechnung trugen. Es war ein großer Erfolg von Stegerwald, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft wieder an Boden gewann, daß Selbsthilfe und eine gesunde Selbstverwaltung nachhaltiger betont wurden, daß Auflockerungen in der Tarifstarre stärker in das Wissen und Fühlen der Arbeitnehmer eintraten, daß auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung mehr von der Praxis her und von der Wiedereinschaltung in den Arbeitsprozeß gesehen wurde.

Das alles waren verheißungsvolle Entwicklungen, bei denen man neue Wege suchte, bei denen ein anderes aber ebenso feststeht: es war

¹³ Diese Regierungserklärung bedenkt unter anderem nicht, daß der Totalstaat des Nationalsozialismus sich als Staatssozialismus in höchstem Ausmaß anläßt. So schrieb Graf Reventlow im „Reichswart“ (Nr. 50 vom 13. Dezember 1930): „Der nationalsozialistische Staat wird die Oberautorität allem Privateigentum gegenüber haben und ausüben, dem Bodeneigentum wie dem städtischen, dem liegenden, wie dem beweglichen. Eine Heiligkeit des Privateigentums existiert bei uns nicht.“ (Vgl. die Zeitschrift: „Das Zentrum“, 2. Jahrgang, Nr. 1 vom Januar 1931, S. 3.)

Siehe auch Stegerwalds Vortrag „Wirtschaftskrise und Sozialpolitik“ (Soziale Praxis, 41. Jahrgang, 22. Heft vom 2. Juni 1932), indem die innere Verbundenheit der sozialen Frage mit dem Gesamtvolk scharf und treffend herausgestellt wird: „Die Sozialpolitik ist keine Welt für sich, sie ist Ausfluß der geistigen Haltung eines Volkes und nur möglich, wenn Staat und Wirtschaft auf festen Fundamenten beruhen und für das Gesamtvolk ausreichend Lebensraum vorhanden ist. In weiten Arbeitgeberkreisen glaubt man gegenwärtig, insbesondere die Lohn- und Sozialpolitik für sich und losgelöst von der übrigen Politik behandeln zu können. Das ist wieder ein Beispiel von der bei uns üblichen geringen universellen Denkweise. Das führt zurück zum Ausgangspunkt, zur Frage, ob wir endlich ein Volk werden wollen, ob wir zu einer besseren Volksordnung kommen, oder ob wir wieder zurück in den Rasten- und Klassenstaat, erneut zur Entfremdung der Arbeitermassen gegenüber dem Staat kommen wollen.“

eine Großtat von Brüning und Stegerwald, daß es gelang, trotz der ungeheuren Finanznot die Sozialversicherung und das Sozialrecht in ihren Grundlagen und in ihrem Kernstück als unverzichtbares sozialpolitisches Existenzminimum dem deutschen Volke zu erhalten. Und was hier an bedeutsamen Reformen reifte, ist mit rauher Hand von denen, die nur zu kommandieren verstehen, zertrümmert und zerschlagen worden. Der Kasernenhof und die Bürokratie müssen von vornherein Mißerfolge haben. Nur ein Vertrauensträger wie Stegerwald konnte nachprüfen, umbauen, abändern, weil die Werkstätten wissen, daß er als einer der Ihren eine persönlich durchblutete soziale Besinnung mit einem gesunden Staatsgefühl verknüpft.

Man hat mit Recht bemerkt, daß die Fronten jetzt wieder verkrampft einander gegenüberstehen, daß Millionen von Arbeitern dem Radikalismus wieder ausgeliefert werden, die noch vor einiger Zeit für die Hindenburgwahl eingetreten sind. Diese Bruchlinien bezeichnen nicht mehr und nicht weniger als eine ungeheure Einbuße an moralischem Volksvermögen. Sie hemmen Wege zur Sozialreform, die durch die stärkere Betonung des berufsständischen Gedankens große Ausblicke gewähren („Quadragesimo anno“).

In dieser Erklärung bestehen noch andere Unausgeglichenheiten. Nach der Regierungserklärung des Kabinetts von Papen (4. Juni 1932) soll die Politik der Nachkriegsregierungen zur „moralischen Zermürbung des deutschen Volkes“ geführt haben, der in letzter Stunde Einhalt geboten werden müsse. Zwei Tage vorher, am 2. Juni in seinem Briefe an Dr. Kaas, sprach Reichskanzler von Papen noch von der „unermüdlichen, planvollen und sachlichen Arbeit“ des Kanzlers Dr. Brüning. Was ist Wahrheit? Die „unermüdliche und planvolle sachliche Arbeit Brünings“ oder „die moralische Zermürbung des deutschen Volkes?“ Die Regierungserklärung behauptet ferner: „Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankerott.“ Einige Tage später erklärte das Kabinettsmitglied, der Reichsarbeitsminister Schäffer, vor der Presse mit starker Betonung: „Von einem Bankerott der Sozialversicherung zu sprechen, ist eine Uebertreibung. Es liegt nur eine schwere Notlage vor.“ Diese Widersprüche bleiben unvermittelt bestehen und sind auch heute noch nicht aufgeklärt. Graf Derindur als stiller Teilhaber des Kabinetts? —

Was man aber an der Regierungserklärung und den folgenden

Regierungs-handlungen vor allem vermißt, das ist die große Linie, wenn man nicht die Serie der Geschenke an die Nationalsozialisten als solche bezeichnen will, das ist die lebensvolle Einheit, der konstruktive Gedanke, der Außen- und Innenpolitik, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zum nationalen Ausgleich bringt, die innere Tiefensicht, die alles einem letzten großen Ziel, einer Befreiungspolitik unterordnet, an der die Wirtschaft und alle Berufe, an der Länder und Gemeinden, Volk und Reich Anteil haben sollen. Was Brüning sah, sah er in großen Zusammenhängen.

Die Minusbilanz des neuen Kabinetts

Schon jetzt ist die Minusbilanz dieses Kabinetts ersichtlich. Es ist ohne eigene strukturelle Festigkeit. Es ist das Kabinett der ungewissen Fristen und der unbestimmten Uebergänge. Es ist nur gebildet, um bald zu sterben. Es hat bereits seine Totengräber bestellt, die es bald hinaustragen werden. Es soll die Tore für jene öffnen, deren hemmungslose Herrschaft ein Verhängnis am Volke wäre. Es kann aber auch auf den Rechtssozialismus nicht etzieherisch wirken, da es nicht die schöpferische Kraft besaß, diesen an der Verantwortung zu beteiligen. Das Motiv, „Der Widerspenstigen Zähmung“ fiel von vornherein unter den Tisch. Es ist gezwungen, den Gedanken der Notverordnungen von Brüning aufzunehmen, während man an diesem Reichskanzler zu Unrecht immer wieder kritisiert hatte, daß er Notverordnungen schuf und die Steuern vermehrte. Auch dieses Kabinett war sehr bald genötigt, neue Steuern auszuschreiben und Leistungskürzungen vorzunehmen. Ganz zwangsläufig.

Diese Genesis vollzog sich in der Form einer Tragikomödie. Raam daß Herr von Papen sein Kabinett gebildet hatte, meldeten die Rechtsblätter in großen Ueberschriften: „Notverordnungen ohne neue Steuern!“. Als die Regierungserklärung am 4. Juni erschien, verkündete die regierungsnahе „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in fetter Schrift: „Mit großer Bestimmtheit wird in politischen Kreisen angenommen, daß auf die Beschäftigungssteuer nünmehr verzichtet wird“. Was ist aus dieser „großen Bestimmtheit“ geworden? Eine leichtfertige Annahme und eine schlechte Voraussicht.

Eine „grundsätzlich neue Richtung der Staatsführung“ ist von der Regierung Papen angekündigt worden. Worin besteht nun die neue Wende? Darin, daß man aus der geplanten Notverordnung Brüning's nur die Belastungen, sogar im gesteigerten Maße, übernahm, aber darin vorgesehene Erleichterungen, d. h. die Arbeitsbeschaffungspläne fallen ließ. So sieht die grundsätzlich neue Staatsführung aus.

Daß die Pläne der Regierung Brüning zwar in einigen Grundzügen übernommen, aber dann erheblich verschärft und verschlechtert worden sind, zeigt sich vor allem in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Wir geben deswegen folgende Gegenüberstellung¹⁴:

1. Die Etats von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen sollten vom 1. April 1932 zum Ausgleich gebracht werden. Dadurch, daß die hinter der neuen Regierung stehenden Kräfte die Verlängerung der Amtsperiode des Herrn Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluß verhindert und zwei Reichspräsidentenwahlen erzwingen haben und während des Wahlkampfes keine Regierung größere Reformen zur Durchführung bringen kann, wird die Balancierung der Etats erst zum 1. Juli 1932 erreicht. Jetzt muß in neun Monaten (1. Juli 1932 bis 31. März 1933) eingespart werden, was sonst auf 12 Monate hätte verteilt werden können. Damit wurden die Bezüge der Arbeitslosen um 25 Prozent mehr gekürzt als erforderlich gewesen wäre, wenn die Herren Hitler und Hugenberg rechtzeitig Verstand angenommen hätten, anstatt das deutsche Volk unausgesetzt mit Wahlen zu beunruhigen.

2. Wenn nicht im Mai an dem planmäßigen Sturz des Kabinetts Brüning gearbeitet worden wäre, wäre die Notverordnung anstatt am 1. Juli bereits am 1. Juni 1932 in Kraft gesetzt worden. Auch in

¹⁴ Mitgeteilt nach der „Kölnischen Volkszeitung“ Nr. 166 vom 16. Juni 1932. — Auch die Bayerische Volkspartei hat in der Tagung des Landesauschusses vom 19. Juni 1932 festgestellt, die Nationalsozialisten könnten sich der Verantwortung für die Maßnahmen dieser Regierung nicht entziehen. Das gelte auch für die drückenden Belastungen, die die erste Notverordnung des Kabinetts Papen gerade den breiten und ärmsten Volksschichten auferlegt habe. — Siehe auch Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 288 vom 19. Juni): „Wir haben die Notverordnung Brüning's mit äußerstem Mißvergnügen betrachtet, aber sie hat die geringeren Einkommen der Beamten und Angestellten geschont, sie ist den Erwerbslosen gnädiger gewesen, sie hat dem kleinen Kaufmann und dem Handwerker den Verlust durch die Umsatzsteuer erspart. Sie war, verglichen mit dem Diktat der Papen-Regierung, noch immer ein Musterbild sozialer Fürsorge, rücksichtsvollen Verständnisses für die Lage derjenigen, an denen die Not am erbarmungslosesten nagt.“

diesem Falle hätten die Gesamterfordernisse der Arbeitslosenfürsorge auf einen größeren Zeitraum verteilt werden können, wodurch sich wiederum eine Verminderung der Abzüge hätte ermöglichen lassen.

3. Die alte Regierung wollte die Arbeitslosenunterstützung ohne Bedürftigkeitsprüfung 13 Wochen lang aufrechterhalten lassen wissen. Die neue Regierung hat sie von 20 auf 6 Wochen herabgesetzt. Nachher müssen auch die Qualitätsarbeiter und Angestellten, die jahrelang hohe Beiträge leisten und dadurch auch »wohlerworbene Rechte« erlangt haben, sofern sie hilfsbedürftig sind, den Weg zum Armenamt antreten.

4. Die alte Regierung hatte für Arbeitsbeschaffung, Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes und Streckung bzw. bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit, feste Pläne und Finanzierungsmöglichkeiten. Die neue Regierung hat dafür nur allgemeine Redensarten. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, daß es in der Hauptsache bei diesen Redensarten bleibt, womit die Arbeitslosen selbstverständlich nichts anfangen können.

5. Dasselbe trifft zu für die landwirtschaftliche Siedlung. Die alte Regierung wollte die Ostsiedlung planmäßig angepackt und durchgeführt wissen. Die Mittel dafür und für die städtische Vorraum-Siedlung wollte sie aus einer Prämienanleihe gewinnen, die die neue Regierung ablehnte. Mit Redensarten ist bis jetzt aber noch keine Siedlung entstanden.

6. Die Invalidenrenten hat die neue Regierung mehr verschlechtert, als die alte Regierung Kürzungen in Aussicht genommen hatte. Weiterhin hatte die alte Regierung ab 1. Januar 1933 einige Beitragsaufstockungen in der Invalidenversicherung für die Qualitätsarbeiter vorgesehen, um die besser bezahlten Qualitätsarbeiter in ihren Unterstützungsfällen denen der Angestelltenversicherung anzunähern. Das hat die neue Regierung abgelehnt.

7. In den Unfallrenten wollte die alte Regierung nichts geändert wissen, weil bei ihrer Kürzung die bedrängten Berufsgenossenschaften doch nicht in Balance gebracht werden konnten und andere Berufsgenossenschaften eine Kürzung nicht benötigten. Die alte Regierung hatte einen Weg aussindig gemacht, um ohne Kürzung der Unfallrenten den bedrängten Berufsgenossenschaften über das Jahr 1932/33 hinwegzuhelfen. Die neue Regierung hat die alten Unfallrenten um 7½ Prozent, die seit 1. Juli 1927 festgesetzten Renten um 15 Prozent gekürzt. Die alte Regierung wollte weiterhin die Arbeiter in allen wesentlichen Fragen gleichberechtigt in die Unfallversicherung eingegliedert wissen, während die neue Regierung darüber glatt zur Tagesordnung übergegangen ist.

8. Ueber die Handhabung des staatlichen Lohnschutzes schweigt die neue Regierung in allen Sprachen.

9. Jahrelang wurden einzelne Mitglieder der alten Regierung als »Beamtenfeinde« verschrien. Rechtsgerichtete Zeitungen haben sich daran nachdrücklich beteiligt. Jetzt hat die zentrumsfreie neue Regie-

rung die Beamten ebenso zur Arbeitslosenhilfe herangezogen, wie das die alte Regierung in Aussicht genommen hatte.

Was ist also das bisherige Ergebnis des Regierungswechsels? Nicht ein Mensch bezahlt in Deutschland einen Pfennig Steuern und sonstige Abgaben weniger als die alte Regierung in Aussicht genommen hatte. Dafür sind aber die Unterstützungen der Arbeitslosen und der sonstigen Sozialrentner mehr gekürzt, als die alte Regierung geplant hatte. Dazu kommt noch, daß die Lage Deutschlands nach außen und die kreditpolitische Lage im Innern in den letzten vierzehn Tagen sich wesentlich verschlechtert hat und daß die Arbeitslosen- und Siedlungsfrage, beides Kardinalfragen der deutschen Politik, anstatt vorwärtsgetrieben, zurückgeworfen worden sind.

Die Wiederezulassung der Sturmabteilungen (SA) und der Schutzstaffeln (SS) ist eine schwere Gefährdung der deutschen Innenpolitik. Die Gestattung der kostspieligen Parteiformen (Erwerbslose, verarmter Mittelstand, ringende Landwirtschaft verstehen das nicht) steigert die Verantwortlichkeit des Kabinetts Schleicher-Papen und gibt sich als eine dauernde Gefährdung des Bürgerfriedens (Nazi-Terror über Köln am 19. Juni 1932). Mit der Verschärfung der politischen Spannungen mehrt sie die wirtschaftliche Beunruhigung, was Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise schädigt. Nach wie vor besteht andererseits die innere Begründung zu Recht, die am 13. April amtlich dem Verbot unter Auflösung der SA und SS mitgegeben wurde:

„Schon das Vorhandensein solcher Kampforganisationen, die einen Staat im Staate bilden, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Jede private Gewaltorganisation kann ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Regierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrechterhält.“

Der schnelle Wechsel dieser Stellungnahme, die grundsätzlich unangreifbar ist, festigt die Staatsautorität keineswegs. Sie schafft für die Reichsautorität Reibungen mit Baden, wo ein allgemeines Uniformverbot, und mit Bayern, wo seit Juli 1931 Auf-

züge und Propagandafahrten, gleichviel ob uniformiert oder nicht, verboten sind.

Es bedeutet eine weitere Schwächung der Staatsgewalt, wenn in preußischen Landtag Nazis und Kommunisten im Juni eine Amnestie verlangten, die auch Straffreiheit für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Raub und Verbrechen gegen das Leben gewähren. Die bisherigen Amnestiegesetze des Reiches und Preußens haben davon abgesehen.

Justizminister Dr. Schmidt wies im Preußischen Landtag am 15. Juni 1932 darauf hin, daß 13 249 Personen, die rechtskräftig zu Strafen verurteilt sind, ihre Strafen aber noch nicht verbüßt haben, Straferlaß gewährt werden würde. Bei 25 724 Personen wären die gerichtlich anhängigen oder bei den Staatsanwaltschaften noch schwebenden Verfahren einzustellen. Insgesamt also würden 38 973 Personen unter das Amnestiegesetz fallen. Unter diesen Verurteilten oder Beschuldigten befinden sich 525 Personen, die wegen Mordes oder Totschlags verurteilt sind oder verfolgt werden, ferner 79 Personen, die wegen schwerer Körperverletzung und 15 Personen, die wegen schweren Raubes angeeschuldigt sind. Rechnet man diese Zahlen auf, so ergibt sich, daß 619 Personen, denen besonders schwere Verbrechen zur Last gelegt sind, und bei denen, soweit sie rechtskräftig verurteilt sind, die erkannten Strafen nach den mir zugegangenen Meldungen zum Teil mehrere Jahre Gefängnis oder Zuchthaus von zwei bis zwölf Jahren betragen, unter den Straferlaß fallen würden¹⁵).

Die Mainlinie ist erneut aufgerissen. In Süddeutschland wurde eine tiefe Beunruhigung durch die ganze Art und Weise geschaffen, wie von Papen direkt mit dem preußischen nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl verhandelte. Die geschäftsführende, aber verfassungsgemäße Regierung Braun-Hirtsfelder wurde brüskiert. Damit sollte ein Reichskommissar für Preußen vorbereitet werden. Wo Brüning bewußt förderalistische Kräfte im Dienst des Reichsgedankens eingeschaltet hat (engste Zusammenarbeit mit dem Reichsrat, der Reichsrat als außenpolitisches Forum), schafft das psychologische Unvermögen des neuen Kabinetts erneut Trennungslinien durch Deutschland, an deren Ueberwindung die Besten erfolgreich gearbeitet hatten. Geschah das im Namen der „nationalen Konzentration“?

Einer kommenden Reichsreform wurde durch diese Einmischung ein schlechter Dienst erwiesen. Weitesten Kreisen wurden

¹⁵ Vgl. „Berliner Tageblatt“ Nr. 282 vom 16. Juni 1932.

gleichzeitig die Augen geöffnet, daß ein Existenzminimum von Föderalismus geradezu eine Wohltat für die deutsche Gesamtentwicklung bedeutet, wenn radikale Strömungen einen Berliner Zentralismus und die Diktatur anmelden. Man wird sich nachhaltiger auf die Rechte der lebensfähigen und lebenswichtigen Länder besinnen müssen, ebenso auf die Kräfte der deutschen Landschaft (Volkstum, Heimatbewegung). Es ist dabei lehrreich, daß die Nazis bei den Wahlen in Hessen, Bayern und Oldenburg Föderativgedanken wahltaktisch bejahten, indem sie gleichzeitig durch die Forderung des Reichskommissars für Preußen den zentralistischen Bestrebungen Vorschub leisteten. Wenn man in diesen Kreisen so gern die „verruchte Taktik“ verspottete, geschah es, um ihr gelehriger Schüler zu werden.

Wir denken jedoch nicht daran, dieses Kabinett dort zu sabotieren, wo die Außenpolitik auch nur die bescheidensten Erfolge aufweisen könnte. Jeder deutsche Außenminister muß, wenn irgend möglich, vom Gesamtwillen des deutschen Volkes getragen werden, gleichgültig, wie ein Kabinett heißt. „In der Außenpolitik kennen wir nur ein einziges Deutschland“ (Brüning in Mainz, am 18. Juni 1932). Aber wir werden dort, wo außenpolitisch und innenpolitisch Fehler begangen werden, zum Angriff übergehen, so es die Sache und der Wiederaufbau Deutschlands gebieten. Es ist jetzt in die deutsche Politik der Anschauungsunterricht einer wahrhaft sachlich und verantwortungsvoll geführten Opposition einzufügen, die der englischen Politik stets ein charaktervolles Gepräge gegeben hat.

Der politisierende General

Der politisierende General ist in der letzten Zeit stärker in Erscheinung getreten. Das ist ein Defizit der deutschen Politik. Warum eigentlich?

Wir haben nur eine zahlenmäßig bescheidene Reichswehr. Aber sie muß unser Stolz bleiben. Ein Land mit blutenden Grenzen, ohne zureichende Verteidigungsmittel, mit entmilitarisierten Gebieten, bedarf ihrer dringend. Aber nicht bloß der Sicherheit wegen soll sie vorhanden sein. Die Reichswehr wird darüber hinaus als kostbarer Besitz der Nation empfunden, weil sie Erbe einer ruhmreichen Ver-

gangenheit und Weiterbildner einer großen Ueberlieferung ist. Daß wir im Weltkrieg gegenüber einer Uebermacht von Feinden vier Jahre stand hielten, gab dem deutschen Untliß heroische Größe, die nie vergessen werden darf.

Auch für die Zukunft brauchen wir einen entschlossenen Wehrwillen. Ein Land, das nicht mehr den Mut hat, sich zu verteidigen und diese Verteidigung zu organisieren, gibt sich selbst auf.

Aber diese Reichswehr muß das Kleinod des Gesamtvolkes sein. Sie soll der Staatsautorität dienen, nicht aber diese befehen. Das deutsche Volk muß sein Heer vor dem Schicksal bewahren, daß es eine Prätorianergarde, ein Machtinstrument für wenige, eine bequeme Waffe für Gruppen und eine Operationsbasis für Kliken wird. An politisierten Militärgruppen welkte das Römische Reich dahin, erkrankten chinesische und japanische Regierungen; daran erschüttert sich Südamerikas Zukunft. Die Reichswehr politisieren heißt, ihr die Volkstümlichkeit und das Vertrauen aller nehmen, heißt sie vereinsamen und arm machen, heißt Trennungen zwischen die Armee und das Volksganze legen, die auf eine Erkrankung des Volkskörpers selbst hinauslaufen. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkte schon am 23. Mai 1932 (Nr. 236), also mitten im Auftakt zum Kabinettssturz: „Politische Generale, von den Soldaten als Politiker, von den Politikern als Soldaten betrachtet, werden Deutschland aus eigener Macht nicht retten können.“

In der deutschen Politik ist deshalb ein herrischer und politisierender General ein unerfreuliches Bild, dem der Volksstaat, die Volksgemeinschaft, aber auch der Wehrwille des Landes widersprechen müssen.

Die Siedlungsfrage

Das Kabinett Brüning ist nicht zuletzt an der Meinungsverschiedenheit über die Siedlungsfrage im Osten des Reiches gescheitert. Brüning wollte in seiner geplanten Notverordnung im Osten Raum für sechshunderttausend Werktätige und Siedler schaffen, in dem das Reich Teile jenes Grundbesitzes aufnahm, dessen wirtschaftliche Gesundung sich trotz mancher Hilfeleistungen (Steuererleichterungen, Umschuldungen, Kredite) nicht ermöglichen ließ. In der Umgebung des Reichspräsidenten hat man diese Osthilfepläne als Siedlungs-

bolshewismus bezeichnet und es — anscheinend mit Hilfe eines ihm vorgelegten älteren Siedlungsentwurfes, der ganz zu Unrecht als Kabinettsentwurf bezeichnet wurde — verstanden, mit diesem Schlagwort den Reichspräsidenten gegen die Notverordnung mobil zu machen. Eine ausgezeichnete Abwehr gegen diesen Vorstoß bietet jener Brief, den Minister Schlange-Schöningen an den Reichspräsidenten von Hindenburg richtete, mit der er den wirklichen Regierungsentwurf verteidigte und sich in ritterlicher Weise mit dem Einsatz seiner ganzen Verantwortung vor die Pläne des Kabinetts Brüning stellte. In diesem Briefe („Germania“ Nr. 153, 3. 6. 1932) heißt es u. a.:

„Von Enteignung sei im Entwurf nicht die Rede. Es handle sich nur um die Möglichkeit zur Zwangsversteigerung, die unter Vermeidung aller Härten den Notwendigkeiten entspreche, »denen eine verantwortungsbewußte Regierung in Ansehung der Sachlage gerecht zu werden verpflichtet ist«. § 1 sehe nur die Zwangsversteigerung vor bei Gütern, die »beim besten Willen nicht gehalten werden können«. Neu sei überhaupt nur gegenüber dem bisherigen Sicherungsverfahren die Verkürzung der Fristen. Eine Siedlungstätigkeit in erhöhtem Tempo sei nicht nur grenzpolitisch notwendig, sie entspreche dem »nationalen Drang zur Selbsthilfe und Gefundung«.

Der Entwurf bewege sich auf der Bahn der Gedanken des Freiherrn vom Stein, der »nach dem Niederbruch von 1806 ebenfalls von manchen wie mit Blindheit geschlagenen Kreisen als Revolutionär bekämpft« worden sei. Teile des Großgrundbesitzes, die die Zeichen der Zeit wieder nicht verständen, seien im Begriff, sich ihr Grab zu graben.“

Am Schluß dieses Briefes hat Minister Schlange-Schöningen den Reichspräsidenten um die Enthebung von seinem Amte, falls dieser seine Auffassung nicht anerkennen könne, gebeten.

Der gesamtdeutsche Charakter dieser Frage und ihr reformerischer Grundzug bricht auch aus jenen Erörterungen auf, die Brüning in seiner Mainzer Rede am 18. Juni 1932 machte:

„Kann ich es verantworten, vor dem übrigen Deutschland, den lebensfähigen Grundbesitz im Osten des Reiches mit der Aufbietung aller denkbaren Möglichkeiten zu retten und gleichzeitig darauf verzichten, den nicht lebensfähigen Grundbesitz der Siedlung zuzuführen?

Das war eine Zumutung, die ich nie und nimmer annehmen konnte.

Es war meine Pflicht, auch daran zu denken, daß Hunderttausende von armen Kleinbauern im Westen und Süden sehnsüchtig Ausschau halten, um einmal eine Scholle auch für sich zu bekommen. Das war kein Siedlungsbolschewismus, wie uns vorgeworfen wurde, sondern wir sind in der Ostpolitik überhaupt, was die Härte des Zupackens angeht, Waisenknaaben gewesen gegenüber den Maßnahmen, die die preussische Regierung während und nach den Freiheitskriegen durchgeführt hat¹⁰.“

¹⁰ „Rhein-Mainische Volkszeitung“ Nr. 140 vom 19. Juni 1932.

Die Reichsregierung Brüning ging von der Ueberlegung aus, daß es für absehbare Zeit „infolge der durchgeführten Rationalisierung der Industrie bei der gleichzeitigen Verarmung des Volkes und der Erschwerung des Exports durch Abwehrmaßnahmen der fremden Länder unmöglich sein würde, hunderttausende von erwerbslos gewordenen deutschen Industriearbeitern wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern: aus dieser Armee des Elends die geeigneten Kräfte herauszunehmen und durch Ansiedlung auf schlecht ausgenutztem Land aus der wirtschaftlichen und seelischen Verzweiflung zu erlösen, sollte das Ziel der auf lange Sicht eingestellten Siedlungspolitik sein^{16a}.“

Dieses große nationale Vorhaben ist von ostelbischen Grundbesitzern zu Unrecht als Siedlungsbolschewismus bezeichnet worden. In dieser falschen Etikettierung spiegelt sich auch die Mißachtung jener Lehre der europäischen Entwicklung, daß man unguͤnstige Grenzen mit einem Wall von hunderttausenden von Menschen verteidigt, die gesiedelt sind; mit einer Häufung der Bevölkerung, die sich einwurzelt und als bodenständig empfindet. Polen und die Tschechoslowakei haben zehntausende von slawischen Bauernhöfen an unserer Ostgrenze errichtet, die wir als eine „blutende“ Grenzlinie, ja als einen Wirtschaftsfriedhof bezeichnen müssen.

Nach der sozialen und vermögensrechtlichen Seite ist andererseits festzustellen, daß die Schaffung von Neueigentum für nachgeborene Bauernkinder und für besitzlose Landarbeiter, auch für planlose Auswanderer keine Zertrümmerung von Eigentum, sondern dessen Aufbau, also die Förderung der Eigentumsvorstellung als einer unentbehrlichen Sozialvorstellung bedeutet (ähnlich Joos).

Die Brüning'schen Verordnungen zielten, wie angedeutet, auf eine Ansiedlung von geeigneten Arbeitslosen im östlichen Raum. Die Garantie für diese materielle und seelische Entspannung sollte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm gewähren, das mit dem Siedlungsprojekt organisch verbunden war¹⁷). Die Regierung Papen ließ in ihrer neuen Notverordnung dieses großzügige Siedlungsprogramm fallen, indem sie anscheinend den Einflüssen einiger ostelbischer Großgrundherren nachgab. An der Stelle der weitausgreifenden Konzeption Brüning's ist lediglich ein schmaler Etatsansatz für 1932 getreten, der 50 Millionen für Siedlungszwecke festsetzt.

^{16a} „Vossische Zeitung“ Nr. 281 vom 12. Juni 1932.

¹⁷ Vgl. „Bölnische Volkszeitung“ Nr. 165 vom 15. Juni 1932.

Siedlung bedeutet neue Hoffnung, neue Spannkraft, ein entwicklungsfähiges Neuland für die Volkstumsentwicklung, eine neue Naturverbundenheit, eine frohere Zukunft für fast ausgebrannte Menschen. Indem man Brünnings Pläne verlieh, hat man auch ein Vielfaches an seelischen Werten unterbunden und eingeengt. Die seelische Verarmung schreitet weiter. Für viele in Räume dumpfer Verlassenheit.

Die Kulturpolitik

Wenn die Regierungserklärung den Kampf gegen den Kulturbolschewismus fordert, so wird sie nur Zustimmung finden. Wenn sie jedoch bemerkt, „zutiefst sei schon in allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens die Zersetzung durch atheistisch-marristisches Denken eingetreten, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren“, ist diese Feststellung an sich ungeheuerlich. Gehören nicht auch die Bischöfe zu den „christlichen Kräften“ des Staates? Nicht auch der Deutsch-Evangelische Kirchenbund? Oder will man diese ausnehmen? Wenn nicht, so fallen sie mit unter diesen Vorwurf. Diese fahrlässige Formulierung übersieht noch ein weiteres. Gerade Dr. Brüning hat mit außerordentlichen Maßnahmen gegen die Gottlosenbewegung Stellung genommen. Er hat dem Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda vorgelegt. Ebenso hat der Reichsinnenminister Dr. Wirth 1931 die Gottlosenbewegung an weithin sichtbarer Stelle beim Etat des Reichsinnenministeriums gebrandmarkt und in scharfe Ueberwachung genommen. Ohne Rücksicht auf sozialdemokratische Empfindlichkeiten sind immer wieder von neuem Zentrumsabgeordnete im Reichstag aufgestanden und haben sich auf das schärfste gegen die Vernichtung christlichen und deutschen Kulturbesitzes durch die Gottlosenbewegung verwahrt (z. B. Plenarsitzung des Reichstags vom 2. März 1930). Noch am 12. Mai 1931 hat die Zentrumsfraktion des Reichstags die Reichsregierung unterstützt und aufgefordert, 1. Satzungen und Organisationen zu überprüfen, die die in der Reichsverfassung gewährleistete Religions- und Gewissensfreiheit stören und das Religiöse verächtlich machen; 2. dem Reichstag über die unternommenen Schritte Bericht zu erstatten (Reichstagsdrucksache Nr. 1580). Zum andern ist festzustellen,

daß die Gottlosenbekämpfung nicht allein und ausschließlich mit dem gesetzgeberischen Apparat erfolgen kann. Es muß der stärkste Einsatz und Tatwillen der christlichen Persönlichkeit, der christlichen Familie und der christlichen Gemeinschaft hinzutreten. Das beweist die zweitausendjährige Geschichte des Christentums. Zum dritten ist ebenso deutlich auszusprechen, daß es eine Unterhöhlung und in letzter Auswirkung eine Zertrümmerung des echten christlichen Gottglaubens bedeutet, wenn nationalsozialistische Schriftsteller Rasse und Blut als letzte Grundlage der Religion nennen und damit einen falschen Götzen aufrichten, wenn sie derart einer rassenmäßig orientierten Religion und einem ausschließlich germanischen Gott das Wort geben. Wenn sie in der Herabsetzung, ja in der Verächtlichmachung kirchlicher und religiöser Einrichtungen des Papsttums und des Episkopats (Angriffe gegen Kardinal Faulhaber)¹⁸, des Jesuitenordens (Johannes Stark)¹⁹ und religiös-kultureller Lebensvorgänge (Alfred Rosenberg)²⁰ jene stidige Atmosphäre heraufföhren, in der die Gottlosenbewegung gedeiht²¹. Auch das ist Giftgas über Deutschland.

In ernstesten kulturpolitischen Kämpfen der Nachkriegszeit hat die Rechte das Zentrum häufig allein gelassen. Wo waren die b a d i s c h e n Deutschnationalen, als es den Schutz der B e k e n n t n i s s s c h u l e galt²²? Wo war die Geschlossenheit der Deutschnationalen im Rechtsausschuß des Reichstags, als dort über die Erleichterung der E h e s c h e i d u n g verhandelt wurde? Gingen nicht die Auffassungen ihrer Vertreter auseinander? Wer hat sich dem Abschluß des preußischen K o n k o r d a t s ver sagt und auf seine Fraktionsmitglieder Gewissenszwang ausgeübt? Wer hat den Abgeordneten Goldau, der als Katholik dem Konkordat zustimmte, aus der deutschnationalen

¹⁸ Vgl. die Entgleisungen des „Völkischen Beobachters“ Nr. 44 vom 13. Februar 1932.

¹⁹ Vgl. die Broschüre des Physikers Joh. Stark, Nationalsozialismus und katholische Kirche. München 1931.

²⁰ Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts, München 1930.

²¹ Die Zentrumsfraktion im preußischen Landtag hat am 1. Juni 1932 in einem Antrag gefordert (Aenderungsantrag Nr. 320), daß sowohl das Zersezungswerk sozialistischer Freidenkerverbände wie auch die Zersezungsarbeit von rechtsstehenden Verbänden von der Art des Tannenbergbundes, der Germanischen Glaubensgemeinschaft und des Germanenordens abzulehnen ist.

²² Auf diese und andere Momente geht die auch quellentkundlich nicht genügend unterbaute Schrift von Heinrich K l i n k e n b e r g (Das Zentrum und die Rechte im Kampf um die christliche Schule, Berlin-Karlshorst 1932) nicht ein.

Partei ausgeschlossen? War nicht die unmittelbare Folge die Zer-
schlagung des deutschnationalen Katholikenausschusses? Wo waren
die Deutschnationalen in Ofterode und Düren, als es sich darum
handelte, die Rechte katholischer Schulen zu verteidigen? Warum
ist der christlich-soziale Abgeordnete Dr. Mumm aus der deutsch-
nationalen Partei ausgeschieden? Hat er sich nicht gegen Hugenbergs
Berliner „Nachtausgabe“ gewandt und „deren gesamte Tonlage als
verderblich bezeichnet“ und die „schlüpfrigen Anzeigen zu manchen
Blättern des Scherlverlags“ verurteilt? War der deutschnationale
Antrag in Preußen 1932 klug, die weltlichen S a m m e l s c h u l e n
aufzulösen? Haben nicht die gläubigen evangelischen Eltern ernste
Bedenken ausgesprochen, wenn sie sich gegen die vom deutschnatio-
nalen Innenminister Klagges vorgenommene Auflösung von welt-
lichen Schulen in Braunschweig heftig wehrten, weil die Bekenntnis-
schulen von dissidentischen Kindern überflutet und dadurch in ihrer
ganzen Struktur geschädigt werden? Heißt das nicht nach Auffassung
dieser besorgten Eltern Keimzellen in Bekenntnisschulen zulassen, die
unter Umständen den Charakter der Bekenntnisschule verwischen und
beeinträchtigen? Haben es die Deutschnationalen andererseits vergessen,
daß sie im Reichstag einen Reichsschulgesetzentwurf eingebracht
haben, der auch die weltliche Schule reichsgesetzlich vorsieht?

Enthält dieser Antrag nicht genau das, was sie dem Zentrum vor-
werfen? „Wohlgemerkt: was sie dem Zentrum vorwerfen, nicht
etwa: was das Zentrum wirklich getan hat! Wir haben nämlich der
weltlichen Schule nicht die Gleichberechtigung mit der konfessionellen
Schule zugestanden, wir haben vielmehr diese Gleichstellung wieder-
holt und mit allem Nachdruck abgelehnt, und zwar deshalb, weil die
weltliche Schule, wie sie heute besteht, eine ungesekliche und ver-
fassungswidrige Schule ist.“ (Dr. Lauscher am 22. April 1932 in
Köln.)

Waren es nicht die Deutschnationalen und der Liberalismus, so
muß man noch weiter fragen, die im Landtag verhindert haben, daß
eine konfessionelle pädagogische Frauenakademie errichtet wurde?

Jene Ankläger der Kulturpolitik des Zentrums übersehen offenbar
geflissentlich, daß auf der äußersten Rechten, bei den N a z i s, kultur-
politische Ideale gepflegt werden, die dem Programm des positiven

Protestantismus und des Katholizismus schärfstens widersprechen und mit den Auffassungen des Liberalismus eine enge Verbindung halten. In der Kardinalfrage der Schulpolitik, ob die Bekenntnisschule oder die Simultanschule zu fordern sei, vertreten die nationalsozialistischen Schriftsteller mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Bekenntnisschule restlos abzulehnen sei. Ihr Kulturpolitiker Prof. Stark verlangt, „daß in einer und derselben Schule, der Volksschule, alle deutschen Kinder ohne Rücksicht auf Stand und Konfession den gleichen Grundstock ihrer Bildung und die gleiche nationale Gesinnung erhalten“²³. Auf die Art, das Maß und die Methode der Ausprägung dieser nationalen Gesinnung, also auf den ganzen Schulbetrieb (außerhalb der Religionsstunde) wahrt sich der „nationalsozialistische Staat“ das ausschließliche Bestimmungsrecht. Niemand soll neben dem Staat irgendeinen Einfluß auf die Schulerziehung ausüben, weder die Kirche noch auch die Elternschaft. Prof. Stark schreibt dazu: „Der nationalsozialistische Staat muß als Organisation der Volksgemeinschaft vollkommene Unabhängigkeit und Eigengesetzlichkeit beanspruchen. Er kann in allen Dingen der Volksgemeinschaft von keiner Stelle sich Vorschriften machen lassen“²⁴.

Andererseits ist nach links festzustellen, daß das Zentrum verhindert hat, daß die Freidenker jene Körperschaftsrechte erlangten, die der preußische Kultusminister Becker den Sozialdemokraten durch eine ministerielle Verordnung zu geben versuchte. Das Zentrum brachte den Antrag ein, daß die Uebertragung von Körperschaftsrechten nur durch die Landesgesetzgebung erfolgen könne. Es wußte, daß im Landtag keine Mehrheit für eine solche gesetzliche Uebertragung bestand. Damit ist der Versuch Beckers, Freidenkern Körperschaftsrechte zu verleihen, zunichte gemacht worden. Hat das Zentrum nicht ebenfalls gegen links in Sachen der U**bt**re**ib**ung und C**h**e**f**e**i**d**u**ng in einem erbitterten Kampf gestanden²⁵?

Hier ist es auch am Platze, einiges zu den Versuchen zu sagen, die in den letzten Jahren von Katholiken ausgehen, das Zentrum einer

²³ Nationale Erziehung 1932, S. 42.

²⁴ Ebenda S. 45.

²⁵ Für Einzelheiten siehe G. Schreiber, Zentrum und Reichspolitik, politit, Köln 1930.

unzulässigen Vermengung von Religion und Politik zu bezichtigten. Eine „Katholische Vereinigung für nationale Politik“ fühlt sich bemüht, eine Abwehrstelle gegen Kirchenmißbrauch ins Leben zu rufen und in Aufrufen zum Austritt aus dem Zentrum zu bewegen. Es liegt uns fern, über Religiosität und Gläubigkeit von Katholiken zu urteilen, die glauben, ihre politischen Ueberzeugungen in einer anderen Partei besser vertreten zu finden als beim Zentrum. Nie kann grundsätzlich Kirchengemeinschaft und politische Parteizugehörigkeit völlig gleichgesetzt werden. Aber man beachte ein anderes. Diese Katholiken-Vereinigung für nationale Politik glaubt in aller Freiheit protestieren zu müssen²⁶, merkt aber nicht, daß sie zu den gedanklich Anfreien gehört. Hinter ihnen steht eben jene verhängnisvolle Staatsauffassung, die die Kirche zur angestellten Dienerin des Staates macht. Mit einer gefesselten Kirche aber werden dem Staat wertvolle Kräfte entzogen, die das Volkstum speisen und anreichern. Alternde Theorien einer völligen Trennung des Staatlichen und Kirchlichen sind volkstumsfremd und volkstumsfeindlich. Wer sich für diese volkstumsstützende Wirkungsmöglichkeit der Kirche nicht einsetzt, steht außerhalb der katholischen Gedankengänge und liefert das Kirchliche einer politischen Verwüstung und einer zerstörenden Säkularisation aus.

Die große und wahrhaft nationale Aufgabe des Zentrums aber ist es von jeher gewesen, diese unerläßliche Kraftquelle des Volkstums für das Leben der Nation stets offen und rein zu halten. Darum ging der Kampf im Bismarckschen Zeitalter, in dem wir uns um die Reinheit des Staatsbegriffes (in Ablehnung des übersteigerten Machtstaates und des josephinischen Staatskirchentums) und für die

²⁶ „Wappnet euch gegen geistige Beeinflussungsversuche! Unsere zum großen Teil noch dem Zentrum angehörigen Seelsorger haben sich in den letzten 13 Jahren, wie leider meist in der deutschen Geschichte, als schlechte politische Berater erwiesen. Das gilt auch für diejenigen Bischöfe, welche glaubten, dem Zentrum dienen zu sollen. Spart euer Geld nicht für sogenannte Katholikentage, die nach ihren Rednern Zentrumstage sind, sondern besucht in erster Linie nationale Versammlungen, die euch über den Entscheidungskampf um eure und unseres ganzen Volkes Existenz aufklären. Lehnt kirchliche Empfehlungen der sogenannten katholischen Zeitungen, die gleichzeitig Zentrumszeitungen sind, als Mißbrauch der Kirche zu politischen Zwecken scharffstens ab und haltet nationale Zeitungen, damit ihr vom deutschen Volke nicht weiter geistig abgeschlossen bleibt!“ Das ist, wie der Kölner Lokal-Anzeiger Nr. 161 vom 13. Juni 1932 bemerkt, nicht die ehrfürchtgebietende Achtung vor der bischöflichen Autorität.

ungebrochene Volkstumsentwicklung des Religiös-Kirchlichen einsetzen. Es hat Zeiten gegeben, in denen man mit einem antirömischen Affekt und in Erblinien von der Aufklärung her diese staats-erhaltende Aufgabe einer christlichen Politik übersehen konnte. Heute, im Zeitalter einer religiösen Wiedergeburt und einer Höherbewertung der tieferen Kräfte des Volkstums (Familie, Sitte, Brauch, Naturverbundenheit, Heimat, Berufsgedanke) kann das niemand mehr tun, ohne sich dadurch selbst das Zeugnis einer Denkweise auszustellen, die als völlig unmodern und abgestanden anzusprechen ist.

Dieselbe Rechte, die dem Zentrum einen Mangel an Christentum, ein Abweichen von den christlichen Grundsätzen vorwirft, klagt es auf der anderen Seite an, daß es *z u v i e l* für die Kirche getan habe. Wir lesen in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung", die jetzt sozusagen Regierungsblatt ist, folgende Sätze: „Diese marxistische deutsche Not benutzt das Zentrum, um von dem kulturpolitisch ganz anders eingestellten Partner (Sozialdemokraten) alle kirchenpolitischen und klerikalen Forderungen zu erpressen, die auch prompt und restlos erfüllt werden. Keine andere deutsche Partei würde in dem Maße staatliche Hoheitsrechte preisgeben zugunsten der Kirche, wie es die SPD. seit Jahren tut. Das unter Braun abgeschlossene Konkordat ist der beste Beweis dafür. Ein zweiter Einbruch vollzieht sich seit Jahren mit Hilfe der SPD. auf dem Gebiete des Schulwesens. Eine wahre Flut von Nonnenschulen ergießt sich über das Land, als sollte von der Kirche die gesamte Mädchenbildung im Sturme genommen werden.“ (2. 6. 1932.)

Das ist der kulturpolitische Januskopf der Rechten. Bald tut das Zentrum zu wenig, bald zu viel. Ein Beleg dafür, daß wir auch in der Kulturpolitik den Weg einer selbstsicheren *W e s e n s m i t t e* gehen, was noch neulich von Ernst Robert Curtius anerkannt ist²⁷.

²⁷ Deutscher Geist in Gefahr, Stuttgart-Berlin 1932, S. 36: „Nur das Zentrum verdankt seiner weltanschaulichen Sonderstellung die Möglichkeit, geistige Ziele selbstverständlich zu bejahen.“ Ebenda S. 47: „Es muß wiederum als ein Glück im Unglück betrachtet werden, daß der deutsche Katholizismus bis auf weiteres noch in der Lage ist, den Kulturzerstörern Einhalt zu gebieten.“

Christentum und Politik

Der Staat von heute braucht staatspolitisch eingestellte Kräfte, also Männer und Frauen, die die Verantwortung fühlen, am Staatlichen und Volklichen mitzuarbeiten. Jeder, der guten Willens ist, stellt eine lebendige Zelle der staatlichen Gemeinschaft dar. Er fügt dem Ablauf des Staatlichen das Ethos hinzu. Andererseits ist der Staatsgedanke, wie wir ihn sehen, an sich zweckvoll und sittlich durchblutet. Es lebt im Staatsideal ein Organisches, ein Hohes, ein Sinnvolles, das für alle Staatsinsassen Geltung beansprucht.

Es ist die Auffassung unserer Weltanschauung, daß das Christentum die staatsbürgerliche Pflicht, aber auch die staatsbürgerliche Freiheit des einzelnen tiefer und zusammenhangsvoller begründet, daß es den Gemeinschaftsgedanken um die Idee einer lebendigen, aus grundsätzlichen Tiefen aufbrechenden Gliedschaft bereichert, daß es den Staatsgedanken mit der Gottesidee verknüpft. Es entspricht unserm tiefsten Empfinden, daß deshalb die Grundsätze des Christentums den Staat durchsäuern, erheben und gestalten. Aber es ist falsch, wenn von Papen in seinem Brief an Dr. Raas davon spricht, er habe „die unerschütterliche Ueberzeugung, daß die Voraussetzung jeder Wiedergenesung der Nation die rücksichtslose²⁸ Geltendmachung der unveränderlichen Grundsätze unserer christlichen Weltanschauung sein muß“. Das Christentum ist hier ganz mißverstanden. Das Christentum soll nämlich nicht rücksichtslos sein. Es will vielmehr dienen und aufbauen. Es will naturhaft gewachsene und verbundene Staatlichkeit adeln. Auch Nichtchristen gehören zum Staat. Auch für diese wird eine vom Christentum bestimmte Staatsauffassung mitopfern und mitsorgen müssen, ohne auszuschließen, ohne zu vergewaltigen.

Es ist überdies recht gefährlich, in der Art und Weise, wie Papen das tut, das Christentum für ein politisches Experiment in Anspruch zu nehmen. Brüning hat Recht mit seiner Warnung, die er in seiner Mainzer Rede am 18. Juni 1932 vornahm: „Das Christentum ist nicht dazu da, Interessen einer bestimmten Schicht irgendwie staatspolitisch zu decken²⁹.“

²⁸ Von uns gesperrt.

²⁹ „Rhein-Mainische Volkszeitung“ Nr. 40 vom 19. Juni 1932.

Brünings Persönlichkeit und Werk

Wir gehen nach wie vor mit Brünings Ideen in den Wahlkampf. Nicht nur, soweit er für seine Person steht, sondern weil er für eine große deutsche Sache focht und sacht. Er hat das Format des echten Staatsmanns, dem die Sache alles, das Parteiliche aber nur wenig ist. Echte Ueberparteilichkeit gibt nur die überragende Führerpersönlichkeit.

Die Größe von Brünings Politik hat außerhalb unserer Reihen auch nach seinem Rücktritt vorurteilslose Bewunderer gefunden.

„Was Brüning war, zeigt schon jetzt die Wirrnis, die seine Entfernung hervorgerufen hat“, schreibt die „Bosfische Zeitung“ (vom 9. Juni 1932). „Das bestechendste an der Politik des Reichszanzlers Brüning“ ruft die „Kölnische Zeitung“ (5. Juni 1932) nach, „war ohne Frage ihre Ausrichtung nach sachlichen Gesichtspunkten, die groß genug schienen, um die Unterordnung aller innerpolitischen Fragen zu rechtfertigen. Wenn man der Bedeutung dieser Haltung Brünings gerecht werden will, muß man sich der Politik in der jüngeren deutschen Geschichte, d. h., der Zeit des übersteigerten Parlamentarismus erinnern.“ Und an einer anderen Stelle: „Die Art, wie Brüning in der ersten Zeit immer wieder unberechtigte Einmischungen der Parteien zurückwies und dadurch allmählich den Uebergang von der Parlamentsallmacht zum Autoritätsstaat, von der Herrschaft der Masse zur Herrschaft des Führers, vom kleinen Parteikram zum großen Gesichtspunkt schuf, hat selbst dem politischen Gegner Achtung abgenötigt. Diese Zeit wird dereinst in der deutschen Geschichte als Wendepunkt der Demokratie verzeichnet sein. Wenn auch die Verhältnisse den Uebergang erleichtert haben, so kommt doch Brüning ein großes, entscheidendes Verdienst zu.“ Die „Frankfurter Zeitung“ hinwiederum sagt: „Das Zentrum hat sich wahrlich keinen Vorwurf zu machen wegen des Mannes, den es fast drei Jahre der deutschen Politik hat zur Verfügung stellen dürfen. Und Herr Brüning, dessen leidenschaftliche Arbeit nicht zum geringsten aus jenen Quellen gespeist worden ist, aus denen seine Partei ihre Kraft herleitet, kann sehr aufrechten Hauptes das Haus in der Wilhelmstraße verlassen.“ (31. Mai 1932.) In einer psychologischen Betrachtung nennt ihn das „Berliner Tageblatt“ den „Gegenstand zwischen Genie und Geist“ und zählt ihn „zu den Geistmenschen, deren Tat und Wirkung erarbeitet, mühevoll erkämpft ist, die mit ihrem Gott, der sie nicht in freigebiger Laune erschuf, ringen müssen“ und zollt ihm um so mehr Achtung und Bewunderung (4. 6. 1932). In den Augen der rechtsgerichteten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist es eine Pflicht der Gerechtigkeit, drei Tatsachen hervorzuheben: „Einmal die höchste Anerkennung werte uneigennütziges Selbstaufopferung, die Dr. Brüning inmitten revolutionärer Geschehnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete bewiesen hat. Das zweite ist Dr. Brünings Widerstand gegen jede Form einer neuen Inflation, die wirtschaftlich vielleicht vorüber-

gehend wesentliche Erleichterung gebracht, aber psychologisch und politisch für die deutsche Zukunft verhängnisvolle Folgen gehabt hätte. Schließlich aber danken wir ihm in der Tributfrage das deutsche »Nein«, bei dem er trotz aller Bedrohungen und Verlockungen geblieben ist.“ (30. Mai 1932.)

In der „Vossischen Zeitung“ schreibt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold: „Dieser stets zurückhaltende, beinahe timide Mann, dessen schwarzer zugeknöpfter Rock denselben abweisenden Eindruck macht, wie seine immer etwas scheuen Gebärden und seine leise Art zu sprechen, und der doch jeden, der in seine Nähe kam, nicht nur durch seine staunenswerten Kenntnisse, sondern weit mehr durch die Ausstrahlung seiner Persönlichkeit, durch die Integrität seines Charakters und die sein ganzes Wesen bestimmende selbstlose Hingabe an große Ziele sofort und nachhaltig in seinen Bann zwang: Dieser Dr. Heinrich Brüning war, beinahe seitdem er ins parlamentarische Leben eingetreten war, prädestiniert dazu, Deutschlands führender Staatsmann zu werden. Ich entsinne mich noch deutlich, wie mir im Frühjahr 1926 der damalige Staatssekretär Popik auf meine Frage nach dem Abgeordneten Brüning zur Antwort gab: Brüning? Das ist der Kanzler von morgen.“ Und ein anderes Beispiel aus der „Frankfurter Zeitung“: „Wenn wir die Demission Herrn Brünings mit ausbrüchlichem Bedauern verzeichnen, so deshalb, weil hier ein Mann aus der Verantwortung für die deutsche Politik entlassen wird, dessen Name ein Aktivum für den weittragendsten Bezirk der Politik, darstellt. Herr Brüning ist im Laufe seiner Regierungstätigkeit zu einem Anwalt der deutschen Sache geworden und, wie nur die Böswilligen leugnen werden, zu einem guten Anwalt dieser Sache... Dieser deutsche Kanzler, der es auf sich nahm, die Wahrheiten, die auszusprechen waren, dem französischen Nachbarn in Paris selber zu sagen, hat durch die merkwürdig sanfte Bestimmtheit seiner Person, durch den Ernst, den schmerzliche Erfahrungen seinem Gesicht einprägten, im internationalen Kreis stets wie eine Verkörperung Deutschlands selber gewirkt. Er hat einen Widerschein der Tragik, die über diesem Deutschland der Nachkriegszeit lastet, wie ein sichtbares und ehrerbietig heischendes Zeichen an sich getragen.“

Ähnlich äußerte sich die rechtsstehende „Deutsche Bergwerkszeitung“, wenn sie in Nr. 130 bemerkte:

„Es ist schade um Brüning. Er ist mit großen Hoffnungen begrüßt worden, als er sein Amt antrat. Im Deutschland der Nachkriegszeit hat sich das Nationale leider nicht mehr von sich selbst verstanden. Brüning, der Frontoffizier, der sich im Felde ausgezeichnet hatte, duldet nationale Würdelosigkeiten nicht. Er vollzog in dieser Hinsicht eine heilsame Erziehungsarbeit an der Sozialdemokratie. Die Lauterkeit seines Charakters, sein Arbeitseifer, seine Selbstlosigkeit werden auch vom parteipolitischen Gegner anerkannt. Er stach überaus wohltuend ab von zahlreichen anderen moralisch fragwürdigen Gestalten, die das Volk seit dem Zusammenbruch schaudernd selbst an höchsten Stellen ertragen mußte und die ein so böses Beispiel gaben.“

Zum Auslande hat Brüning zahlreiche Brücken geschlagen und Beziehungen angeknüpft, die nicht nur einen Fonds von Vertrauen zu seiner persönlichen Führung schufen, sondern

auch der deutschen Nation von Nutzen sind über seine Regierungszeit hinaus.“

Dieses Profil hat also Brüning nicht im Kreise seiner Freunde, sondern in dem seiner inländischen Kritiker gewonnen.

Hat Brüning schon in Deutschland über viele Parteien hinweg sich die Anerkennung und Sympathie weitester Volkskreise erobert, das Vertrauen, das ihm das Ausland entgegenbringt, ist unerschöpflich reich³⁰. Dementsprechend gab sich auch die Haltung der ausländischen Presse. In der „Times“ lesen wir: Dr. Brüning habe während zweier Jahre sein Amt mit einer Stetigkeit, Entschlossenheit und politischen Geschicklichkeit geführt, die ihm einen gesicherten Platz unter den hervorragendsten Staatsmännern Europas verschafft haben. Die „News Chronicle“ schreibt: Dem Vertrauen in Europa könnte gegenwärtig kaum ein schwererer Schlag versetzt werden als der Rücktritt des Mannes, der als einziger deutscher Staatsmann seit dem Kriege das völlige Vertrauen anderer Nationen — Frankreich nicht ausgeschlossen — in die Ehrlichkeit seiner Politik und in die Fähigkeit der Durchführung seiner Politik gewahrt hat. Dr. Brüning sei der einzige Mann, der Deutschland vor Anarchie, Bankrott und auswärtigen Verwicklungen bewahren könne. Und im

³⁰ Ueber den Außenpolitiker Brüning äußerte sich die „Kölnische Zeitung“ am 14. Juni 1932 wie folgt: „Der zum neuen Plan umgemodelte Youngplan wurde seinerzeit vom Deutschen Reichstag am 12. März 1930 unter der Regierung Hermann Müller angenommen und am 13. März vom Reichspräsidenten unterzeichnet. Als Brüning am 29. März 1930 seine Regierung antrat, übernahm er eine schwere Arbeit. Unter äußerster Nervenanstrengung verhielt er die Erklärung eines deutschen Moratoriums, das trotz seiner Anzulänglichkeit nur Erschütterungsgefahren heraufbeschworen hätte, bis ihm das Eingreifen Hoovers zu Hilfe kam. In dem aufreibenden Ringen, das folgte, hat er es verstanden, gewaltsame Erschütterungen der Reparationspolitik, die zur Katastrophe hätten führen können, zu vermeiden. Es ist sein Verdienst, wenn allmählich im weiteren Ausland die Erkenntnis von der Unerfüllbarkeit und vom Ansin der Reparationen als politische Meinung durchbricht. Die Welt hörte auf seine Darlegungen. Freunde haben ihm vorgeworfen, seine Erklärung vom Januar 1932, Deutschland könne in absehbarer Zeit nicht zahlen, sei taktisch unklug gewesen. Wollen sie das heute noch behaupten, da selbst die Franzosen die tatsächliche Berechtigung dieser Feststellung einzusehen beginnen? Hundert Meter vor Lausanne ist Brüning aus innerpolitischen Gründen gestürzt. Er hoffte auf einen gewissen Erfolg der Konferenz. Und wenn er ihn auch nicht vom Hundert errungen hätte, seine Persönlichkeit war die Garantie, daß er das Aeußerste des Möglichen herausholen würde.“ Hierin liegt eine mittelbare Kritik am heutigen Kabinett Schleicher-Papen.

französischen nationalistischen „Journal des Débats“ heißt es, Brüning sei ein Friedensapostel von der Art des Bismarckschülers Stresemann gewesen.

Nach allem wird Brüning nicht nur in der Vorstellungswelt seiner Partei weiterleben. Er gilt weiter als eine politische Idee bei vielen Deutschen, die sich nicht vom Massenrausch einer irreführenden Massenbewegung überschwemmen lassen. Seine Persönlichkeit steht nach wie vor zukunftsstark in der deutschen Geschichte. Sein Name wird mit dem Ringen um Weltgeltung und mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft auf immer verbunden sein. Wenn er zum System der Notverordnungen griff, so geschah es mit einer außerordentlichen Kühnheit und zugleich rücksichtsvollen Beherrschtheit, aber auch mit der notwendigen Korrektur und der Arbeitsunfähigkeit des Reichstages. Gleichzeitig arbeitete er mit jener Einzigartigkeit der Konzentration, mit einer Ausdehnung des Interesses auf mehrere Felder der Staatspolitik, die ihm die Anerkennung von Macdonald, von Hoover, von Mussolini und anderen Gestaltern des öffentlichen Lebens eintrug. Seine außenpolitische Wirksamkeit gab sich mit Erfolg daran, die Atmosphäre des Mißtrauens weithin in ein Vertrauen zu verwandeln. Er gab dem Willen zur Verständigung Raum, der das Ausland immer wieder an Stresemanns Wirken erinnerte.

In der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion, die er übrigens vom Kabinett Hermann Müller als eine in mehr als einer Hinsicht nicht günstig gelagerte Erbschaft übernahm, hat er diese Linie der Verständigung fast bis zur Selbstverleugnung durchgehalten. Aber sein Wort konnte hart und messerscharf werden, wenn er politische Zumutungen ablehnte, einer Pariser Anleihe wegen die Revision des Vertrages von Versailles aufzugeben³¹. Ziel dieses zäh und zugleich beweglich geführten außenpolitischen Ringens war und bleibt die nationale Freiheit, die Beseitigung der wirtschaftszerstörenden politischen Tribute, die wirkliche Gleichberechtigung

³¹ In seiner letzten außenpolitischen Rede vor dem Reichstag (am 12. Mai 1932) hat Reichskanzler Brüning den Nationalsozialisten zugerufen: „Auch als Außenminister bin ich verpflichtet, Ihnen eine Warnung und eine Bitte auszusprechen: Halten Sie Ihre Gespräche mit ausländischen Politikern etwas vorsichtig. Es ist nicht wünschenswert, daß das Ausland etwa auf Grund aller möglichen Privatschwärzereien hoffen könnte, daß eine nach mir kommende Regierung kompromißfreudiger sein würde.“

unter den Völkern. (Rede 1932 auf der Abrüstungskonferenz am 9. Februar 1932 in Genf: „Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemandem in Zweifel gezogen werden kann.“)

Trotz aller außenpolitischen Widerstände, trotz aller Hindernisse, die aus dem Radikalismus der deutschen Innenpolitik entsprangen, wurde das außenpolitische Befreiungswerk sichtlich gefördert. Mit den Notverordnungen hielt er die Währung und brachte er die Erwerbslosen über die Not der Winter 1930 und 1931 hinweg.

Wenn er zu den außerordentlichen Maßnahmen dieser Notverordnungen griff³², so verwahrte er sich doch gegen alle Lockungen, jenseits der Verfassung, also mit Verfassungsbruch, zu regieren. Wenn auch er in tiefgreifende Revisionen der Sozialversicherungen eintrat, so weigerte er sich doch in aller Entschiedenheit, soziale Grundrechte zu beseitigen. Wenn er seiner konservativen Grundnatur nach auch der Rechten den Platz im politischen Leben vergönnte, weit über Graf Westarp, Treviranus, Lindeiner-Wildau hinaus, so lehnte er es doch gleichzeitig ab, sozial-revolutionären Strömungen den Weg zur Regierung freizugeben, damit von diesen ein einseitiges *Parteieregiment* ausgerichtet wird.

Gesammelt, stark, charaktervoll steht sein Gesamtbild in der deut-

³² Sein unbeugsamer Widerstand gegen alles Inflationische verdient eine besondere Erwähnung. — Was bedeutet eigentlich die von Nationalsozialisten und anderen geforderte Binnenmark? Weshalb Binnenmark, wenn die Geldmenge die gleiche sein würde, wie die heute in Reichsmark vorhandene? Oder soll die Binnenmark etwa dazu geschaffen werden, um die Geldmenge auszuweiten? Wenn das der Fall wäre, dann wäre die Binnenmark nur eine andere Firmenbezeichnung für Inflation.

Warum wollen wir keine neue Inflation? Weil sie auf Kosten der Masse des Volkes geht. Es ist ja nicht umsonst, daß man die Inflationsneigungen gerade in einigen Kreisen der Industrie und des ostelbischen Großgrundbesitzes findet. Jede Inflation ist eine ungeheure Besteuerung der breiten Volksmasse, die noch weit über das hinausgeht, was wir heute schon an Steuern zu zahlen haben. Zudem ist Inflation eine unsichtbare Besteuerung, die mit ihren Belastungen nicht nach Recht und Unrecht fragt, nach Vermögen und Unvermögen, sondern ihre Vorteile Kreisen zuwendet, denen sie nicht gehören. Deshalb ist das offene Besteuerungswesen der Deflation trotz aller furchtbaren Belastung immer noch besser als die geheimnisvolle Herrschaft unterirdischer Mächte in der Inflation. Zu allem anderen kommt noch hinzu, daß unser Volk eine Inflation psychologisch nicht mehr ertragen kann.

schen Politik. Dort, wo er zu zögern schien, hat erst der Rücktritt uns mehr darüber belehrt, daß das politische Wirken dieses Mannes von dem stärksten Widerspiel und von einem Guerillakrieg begleitet war, der mehr Kraft als nötig war, in Anspruch nahm. **S e i n W e r k** wird jenseits alles **Nur-Parteilichen** **b e s t e h e n**. Eine Saat für fruchtschwere Ernten.

In der Opposition

Wir sehen überhaupt in diesem Wahlkampf nicht bloß parteipolitische Auseinandersetzungen, sondern für uns bleibt das unverrückbare Ziel innere Festigung und nationale Freiheit. Uns erfüllt der Glaube an eine **d e u t s c h e** Sendung.

Wir wissen, daß die Deutsche Zentrumsparlei nie so notwendig war wie jetzt, da sowohl der Sozialismus rechts wie der Sozialismus links große Einseitigkeiten der Entwicklung aufweist. Wir weisen dabei die Bemerkung des „Vorwärts“ in aller Schärfe zurück: es sei ein Wahlkampf, bei dem auf der einen Seite Nazis, auf der anderen Seite Sozialdemokratie und Zentrum stehen. Wir denken nicht daran, irgendwelchen Auffassungen unsere Selbständigkeit zu opfern. Wir werden den Wahlkampf nach rechts wie nach links führen; denn die niederreißende und volkstumzerstörende Arbeit der sozialistischen Freidenkerbünde und kommunistischen Gottlosenverbände ist im Grunde ebenso unerträglich wie die Anmaßung einzelner Gruppen, allein die wahren Vertreter des Nationalen und des deutschen Volkstums zu sein. Wenn wir um die Idee der Mitte kämpfen, so tragen wir nicht bloß eine taktische Erwägung mit uns, sondern den großen grundsätzlichen Gedanken des **A u s g l e i c h s**, der in jedem Staat dauernd angestrebt werden muß. Wir erfüllen mit der Existenz unserer Partei immer wieder eine **s t a a t s p o s i t i v e** Arbeit, die zwischen Extremen vermittelt und ausgleicht. Auf diese Funktion kann Deutschland nicht verzichten.

Bei uns haben jene konservativen Gedankengänge Raum, die Persönlichkeit, Familie und Heim, Heimat und Landschaft, und überhaupt die Ergänzung des Staatlichen aus dem reichen Volkstumsbesitz betonen. Wir bejahen die Verneinung und Ueberwindung einer bloßen **F o r m a l d e m o k r a t i e**, die den Staat einseitig auf Ab-

stimmungen und auf den Stimmzettel stellt und die lebendigen Volkskräfte unterschätzt. Stegerwald hat darüber bereits 1920 in Essen un-zweideutig gesprochen. Wir wehren uns aber gegen pseudo-kon-servative Gedankenreihen, die im Rahmen einer irgendwie ge-arteten Diktatur lebensunwirklich Altes wieder aufrichten, das nicht mehr lebensfähig ist. Wenn auch dementiert worden ist, daß von Hindenburg beabsichtigt sei, demnächst den Kronprinzen als Reichsverweser auszurufen, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß mächtige Kreise für andere Eventualitäten mit diesem Gedanken spielen. Wer mit dem Bürgerkrieg spielt, wird auf unsern schärfsten Widerstand stoßen³³.

In den Gruppen, die um uns stehen, vollzieht sich überdies ein wilder Aufmarsch zum Erwerb der den Staat beherrschenden Macht. Noch nie ging ein derartiger Machtrausch und Machtkult durch das deutsche Land. Nietsche paart sich mit den Antithesen des Kollektivismus. Wir kämpfen gegen diese verhängnisvolle und staatsfeindliche Entwicklung. Wir werden genau wie in anderen Jahrzehnten von uns aus die Reinheit der Staatsidee, das Ethos des Volkstums, die sittlichen Inhalte der Gesellschaftsordnung, den organischen Gemein-schaftsgedanken auf der ganzen Linie nicht bloß verteidigen, sondern wir werden dort politisch angreifen, wo durch solche Fehlleitung der Bestiand unserer nationalen Entwicklung gefährdet ist.

Wir wissen uns dabei als Treuhänder kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Grundrechte der Nation. Als Bürgen der Frei-heit. Wer diese Grundrechte antastet, kann sich damit nicht entschul-digen, daß er einer Massenpsychose unterliegt und seinen Revisionis-mus noch nicht befriedigend vollzogen hat. Der Kampf um diese

³³ Der Informationsdienst „Der Tat-Kreis“ vom 9. Juni 1932 (Nr. 18, S. 4) bemerkt: „Seit der vorigen Woche ist in Deutschland nicht mehr das Parla-ment der Träger der Gewalt, sondern der Reichspräsident und Oberbefehls-haber der militärischen Macht auf der einen, Hitler als Führer der nationalen Bewegung auf der anderen Seite haben sich miteinander verbündet. Praktisch kommt es auf eine Zusammenarbeit von Schleicher-Röhm heraus, die zusammen die Zentrale der neuen Ordnung bilden. Das Kabinett als solches übt mehr die Rolle von Funktionären aus. Wer es bildet, und ob da oder dort ein Wechsel eintritt, wird nach Zweckmäßigkeit entschieden.“

Letzten Endes ist es auch eine offene Frage, ob man im Falle, daß der der-zeitige Reichspräsident sich einmal zurückzieht, wieder einen Präsidenten oder einen Reichsverweser monarchischer Art an diese Stelle bringt. Auch das wird sich im gegebenen Augenblick nach den Umständen richten.“

Grundrechte ist in vollem Gange. Das 19. und 20. Jahrhundert hat große Freiheiten geschaffen, in gewaltigen Emanzipationskämpfen. Dazu zählt die persönliche und politische Freiheit des einzelnen Staatsbürgers, seine Mitverantwortlichkeit am staatlichen Geschehen, seine Teilhaberschaft am kulturellen Gesamtleben der Nation, seine Gewissensfreiheit, die Achtung vor der religiösen Ueberzeugung. Dahin gehört vor allem die soziale Gerechtigkeit.

Weltanschauungen und Strömungen, die an diesen Freiheitskämpfen mitwirkten, die sie zum Teil übersteigerten, zum Teil ihnen auch eine falsche Richtung gaben, indem sie sich immer wieder auf die übertriebenen Machtansprüche des Staates einließen, sind wie der Liberalismus politisch dahingesunken. Der Sozialismus hat sich an diesen Frontabschnitten nur in Teilkämpfen einer sozialen und politischen Emanzipation beteiligt, der in Zwitterstellungen zwischen Revision und Marxismen nie zur vollen Entwicklung kam und der kulturell bedauerliche Kompromisse mit dem alternden Liberalismus einging (Reichsschulgesetz, Simultanschulwesen, Schmutz- und Schundgesetz).

Nun droht dem Rechtsstaat die Erschütterung durch Machtgruppen, die den machtlüfternen Totalstaat aufzurichten gedenken. Es sind ja starke Bestrebungen vorhanden, die darauf abzielen, politisch-parlamentarische Grundlagen der deutschen Entwicklung zu verlassen und künftighin Präsidialkabinette aufzurichten, die sich praktisch auf Reichswehr oder Sturmabteilungen oder auf beide stützen sollen. Also eine völlige Umlagerung der Gewalt. Von der Literatur her haben solche Gedankengänge eine beredete Unterstützung empfangen. Dann nämlich, wenn wieder und wieder die Frage aufgeworfen wird, ob nicht der Reichspräsident eine scheidsrichterliche Funktion auszuüben vermag, wenn im Reichstag Mehrheit und Minderheit gegeneinanderstehen³⁴. Ueberhaupt wird man sagen müssen, daß eine gewisse literarische Entthronung der Demokratie statthat, daß dagegen das Spiel mit faschistischen Gedankengängen in Buch und Zeitschrift recht beachtlich erstarkt ist. Wenn das Autoritätsstreben, das sich als eine starke geistige Strömung

³⁴ Vgl. die Uebersicht, die Friedrich Glum zum Problem der Staatsautorität bietet, in der Sammelchrift von H. Ronen und J. P. Steffes, Volkstum und Kulturpolitik, Köln 1932, S. 76 ff.

bemerkbar macht, nach neuen Formulierungen sucht, so können diese nicht bloß von der Ebene juristischer Auslegungen und Betrachtungen gewonnen werden; auch nicht allein vom Altpreußischen und Militaristischen her. Sie brauchen eine Verwurzelung aus ethischen und sozial-ethischen Tiefen, in der auch das Religiös-Kulturelle sein Lebensrecht anmeldet. Es wird darauf ankommen, diesen geistigen Strömungen gegenüber auch nach der Seite der theoretischen Behandlung einen starken Damm und eine nachhaltige Klärung entgegenzusetzen. Von einer besseren und ehrfürchtigeren Wertung des Volkstums her. Unser Volk verträgt keinen romanischen Faschismus, wohl aber eine reformierte Demokratie. Unser Volk will keine autokratische Republik, der bescheidene plebiszitäre und parlamentarische Korrekturen verstattet sind (Hellpach). Dieser verkürzte politische Lebensraum ist natürlich keine Republik mehr. Auch ein Direktorium, die sogenannte direktoriale Republik, von des Reichspräsidenten Gnaden, kann auf die Dauer nicht Spiegel der Volksseele sein. Sie wäre ein verkrampter Gewaltenträger und ein verlängerter Arm der Bürokratie. Ihre Sachlichkeit bestände darin, Fachleute und Büros zu konsultieren. Was ihr fehlen würde, wäre der Zusammenhang mit dem Irrationalen des Volkhaften. Eine derartige Regierung wäre vom Volklichen nicht mehr unterbaut. Das wäre eine volklich arme Herrschaft von Einigen und Wenigen. Das wäre die Bürokratie im steten Widerspruch zum volkhaft frisch pulsierenden Leben.

Man wird im besonderen darauf hinweisen müssen, daß man das Amt des Reichspräsidenten volksfremd macht, wenn man dieses kalt, berechnend und rein geschäftsmäßig neben das Volk stellt. Wenn diese oder jene juristische Erwägung, und wenn eine militärdiktatorische Strömung, wenn irgendeine andere machtklüsterne Gruppe diese Entzweigung und Trennung versucht, vergreift sie sich an Wesenheiten des deutschen Staatsempfindens und an Grundgewalten des deutschen Volkstums. Sie überfieht auch die Lehren der jüngsten Geschichte. Im übrigen könnte die Bahn zur faschistischen Staatsprägung nur unter schwersten Erschütterungen freigemacht werden. Nicht bloß, daß sich der millionenfache Widerstand der verfassungstreuen Elemente geltend macht. Im Hintergrund lauert die Auseinandersetzung zwischen von Schleicher und Hitler, die fast unvermeidlich ist. Es ist dies jenes Ringen zwischen dem dritten Reich und jener dritten Front, die Lehrer und andere als ein Selbständiges und Aktives zu

kennzeichnen versuchen⁵⁵. Beide Machtgruppen sind zurzeit nur eine *concordia discordans*.

Was die politische Praxis betrifft, und wie immer man die kommenden Dinge in ihrer Gestaltgebung auch sieht, das Zentrum ist jener widerstandsfähige Freiheitsträger, der die Magna Charta der bürgerlichen Freiheit gewährleistet, die für die Staatsführung der deutschen Gegenwart unentbehrlich ist⁵⁶.

Die Opposition, in der wir heute stehen, ist ihrem tiefsten Wesen nach positiv gerichtet. Sie will dem Vaterland dienen. Sie will heraus aus der Enge eines Konzentrationskabinetts, das, wie es heute in dem Kabinett Schleicher-Papen vor uns steht, eine Oligarchie, die Herrschaft von Gruppen bedeutet, die sich auf den Degen stützen. Wenn wir in der Opposition stehen, liegen wir keineswegs erstarrt und verbissen in einem Schützengraben. Wir beobachten äußerst scharf die Entwicklung. Unser Wesen ist Aktion und unsere Haltung ist Aktivität. Wir bleiben in elastischer Bewegung. Wir greifen auf der gesamten Linie an, um gegen alle offenen und ver-

⁵⁵ Siehe das Maiheft der „Tat“, Jahrgang 1932.

⁵⁶ Der Informationsdienst „Der Tat-Kreis“ vom 9. Juni 1932 (Nr. 18, S. 4 f.) bemerkt mit zynischer Offenheit: „Die Bedeutung der im Juli stattfindenden Reichstagswahlen ist nach alledem gering. Es ist ganz gleichgültig, ob bei ihnen einzelne Parteien mehr oder weniger gewinnen. Das Kabinett von Papen proklamiert sich als »Regierung der nationalen Konzentration«, die Rechte hat sich auf Grund intern getroffener Abreden damit abzufinden. Der Zuwachs, der auf die nationalen Gruppen entfallenden Stimmen wird vom Kabinett als ein Vertrauensvotum des ganzen Volkes angesehen werden. Mit Einzelheiten wird man sich dann nicht mehr abgeben, sondern die vier Jahre, die der Reichstag zunächst läuft, gestützt auf dieses Stimmenergebnis, regieren. Damit wird es anzustreben sein, das Parlament schrittweise auf die ihm für die Zukunft zuge dachte Rolle zurückzuführen.“

Dieser Neuordnung des Reiches entspricht es, in Preußen ebenfalls nicht mehr mit den Parteien zu paktieren. Es dürfte gelingen, dem Zentrum wie im Reich auch dort die Schuld für die Beseitigung des Parlamentarismus zuzuschreiben. Durch Ernennung eines Reichskommissars wird man vor allem die Polizei in die unmittelbare Abhängigkeit von der Zentralstelle (v. Schleicher-Röhm) bringen.

„Die erste Etappe zum Ziel ist heute so gut wie erreicht. Der Parlamentarismus ist beseitigt. Die Gefahr einer rein national-sozialistischen Regierung vermieden... Mit dem Einfluß der Parteien, ganz gleich welcher Richtung, ist es in Deutschland in Zukunft vorbei.“

Diese privaten Ansichten von Persönlichkeiten, die sich dem Kabinett Papen befreundet fühlen, begehen einen großen Fehler: sie unterschätzen die Verbindung des Nationalsozialismus mit dem Volkswillen. Hieran werden sie auch scheitern!“ — Man sieht ganz deutlich, daß zwei Strömungen (Schleicher und Hitler) vorhanden sind.

stetsten Gegner der Grundrechte der Reichsverfassung frontal vorzugehen. Wir sind andererseits eine Zitadelle, die unerschütterlich inmitten einer irgeleiteten Massenbewegung steht. Wir sind stark, weil wir klare und verantwortungsvolle Ziele haben, das gesamte Volk wieder vorwärts zu bringen. Wir setzen uns nicht bloß für Parlamentsrechte ein, die in sich reformabel sind. Wir verteidigen unantastbare Freiheitsrechte und Volksrechte, Rechte der Persönlichkeit und der Gemeinschaft, das Lebensgefühl und den Lebensfortschritt einer Nation, die nach innen und außen frei und stark werden will. Wir arbeiten an einem neuen Deutschland und sind dessen gewiß, daß unsere Mitarbeit bitter notwendig ist, da wir freiheits-erfüllte Werte und Kräfte mitbringen.

Wir werden somit das nationale Werk Brüning's, die Freiheit nach außen zu erringen und nach innen gegenüber Putschen und Diktaturgelüsten zu bewahren und zu entwickeln, weiterführen. Mit stärkstem Bekennermut, mit größter Geschlossenheit, mit der Mobilisierung aller unserer politischen Reserven. Daran arbeiten wir. Dafür kämpfen wir. Darum greifen wir an.

Es gilt nicht die Partei, sondern Deutschland.

Sachregister.

- Abrüstung 29. 54.
Abtreibung 46.
Adel 20.
Amnestie 38.
Arbeitsbeschaffung 22. 35. 36. 42.
Arbeitsdienst, freiwilliger 31. 36.
Arbeitslose 30. 32. 35. 37.
Arbeitslosenversicherung 32. 35.
Arbeiterschaft u. Radikalismus 16. 33.
Außenpolitik 11. 39. 52.
Autorität 15. 16. 37. 40. 50. 57.
Beamte 35. 36.
Befreiungspolitik 11. 34.
Beschäftigungssteuer 35.
Binnenmarkt 54.
Brüning, Persönlichkeit u. Werk 50;
 Außenpolitik 11. 18. 27; an Pa-
 pen 29.
Christentum und Politik 43. 44. 49;
 rückichtsloses 18. 19. 28. 31.
Demokratie, formale 28. 55. 57. 58.
Deutschnational 9. 24. 25; Bekennt-
 nisschule 44.
Deutsche Volkspartei 26.
Direktorium 58.
Diktatur 26. 39. 55. 56. 58.
Dritte Front 12. 59.
Ehescheidung 44. 46.
Eigentum 32. 41. 42.
Faschismus 57. 58.
Föderalismus 38. 39.
Freidenker 44. 46.
Freiheit und Diktatur 56. 59.
Führerpersönlichkeit 10. 16.
Gemeinden 28. 30. 35.
Generäle, politisierende 13. 14. 39.
Gewerbe 23.
Gottlosenbewegung 28. 31. 43. 44. 55.
Grundrechte 23. 57. 60.
Handel 23.
Handwerk 23. 30. 35.
Hitler 12. 15. 21. 24. 25. 58.
Hindenburg 15. 16. 58.
Inflation 30. 50. 54.
Invalidenrenten 36.
Kaas an Papen 17. 18. 25.
Kabinettssturz 10. 21.
Katholizismus 43. 46. 47.
Kirche u. Staat 47. 48.
Konkordat 44.
Konservativ 55.
Konzentration, nationale 19. 21. 23.
 26. 31. 38.
Kronprinz 56.
Kultur bolschewismus 28. 43.
Kulturpolitik 43.
Landwirtschaft 23. 30. 42.
Liberalismus 57.
Länder 31. 35. 39.
Linkspolitik 9. 25. 46.
Lohnpolitik 32. 36.
Machtpolitik 56.
Marxismus 28. 48.
Moratorium 52.
Nationalsozialisten 13. ohne pol.
 Verantwortung 21. 22. 23. 24; u.
 Zentrum 25; ob koalitionsfähig
 26; Eigentumsbegriff 32; Föde-
 ralismus 39; Rasse 44. 45; Be-
 kenntnisschule 46. 55.

Notverordnung 15. 22. 29. 34; Ver-
schlechterung von Brüning's Pro-
gramm 35. 42.
Opposition 24. 55. 59.
Papen, von 13. 24. 42; Brief an
Raas 17; Dülmener Rede 18;
Vormürfe gegen Brüning 29;
Widersprüche 33; Kabinett ohne
Festigkeit 34; Notverordnungen 35.
Parlament 12. 28. 50. 60.
Partei u. Staat 19. 31. 54.
Präsidial-Kabinett 57.
Preußen 21. 25. 38.
Protestantismus 43. 46.
Rechtspolitik 9. 25. 54.
Regierungserklärung 28.
Reichsfinanzen 30.
Reichshaushalt 30. 31. 35.
Reichskabinett: Herrenschicht 17. 21;
Verlegenheitslösung 22; Ueber-
gangskabinett 23.
Reichskommissar 38. 59.
Reichspräsident 15. 23. 57. 58.
Reichspräsidentenwahl 16. 19.
Reichsschulgesetz 57.
Reichstagsauflösung 10. 21. 29.
Reichswehr 39.
Religion u. Politik 47.
Reparationslösung 11. 29. 30. 51.
29. 30. 51.
Republik 58.
RU 12. 13. 26. 37.
Siedlung 15. 23. 31. 36. 37; im
Osten 40.

Siedlungs-Bolschewismus 40. 42.
Sozialismus 9. 19. 43. 51. 55. 57.
Sozialpolitik 23. 28; Reformen 32;
u. Gesamtvolk 32; Kernstück 33. 34.
Sozialversicherung 28. 30. 31. 33. 35.
Schlangen-Schöningen 41.
Schleicher, von 13. 21. 23. 25. 58.
Schleicher-Röhm 56. 59.
Schulpolitik 44. 45. 48.
Staat als Wohlfahrtsanstalt 28.
Staatssozialismus 28. 32.
Stegerwald 32. 59.
Steuern 34. 37.
Süddeutschland 38.
Tarifwesen 32.
Tat-Kreis 14. 56. 59.
Totallösung 25.
Totalstaat 57.
Umsatzsteuer 35.
Unfallrente 36.
Uniformverbot 37.
Verfassung 54. 60.
Volkstum 9. 48. 55. 56. 58.
Währung 23. 54.
Weltwirtschaftskrise 28. 30.
Zentrum 17; Widerstandskraft 9;
Entschliebung am 1. Juni 22;
Kabinett Papen 22. 24; und
Schleicher 13; Rechtspolitik 25;
Kampf für Freiheit 26; Parla-
mentarismus 59. 60.
Zentralismus, Berliner 39.

Für Führer u. Volk im Kampf gegen den Radikalismus

Der Bolschewismus droht!

Von Friedr. Muckermann S. J.

Eine lebendige Anklage in Wort und Bild gegen die neuen Machthaber in UdSSR.

Preis: einzeln RM 0,30, ab 100 Exempl. RM 0,27, ab 500 Exempl. RM 0,24, ab 1000 Exempl. RM 0,22, ab 5000 Exempl. RM 0,20, netto ab Köln.

Das Los des Bauern in Sowjet-Rußland

Von Friedr. Muckermann S. J.

Preis einzeln 15 Pfg., ab 100 Exempl. 14 Pfg., ab 500 Exempl. 13 Pfg., ab 1000 Exempl. 12 Pfg. pro Stück, netto ab Köln.

Das Los des Arbeiters in Sowjet-Rußland

Von Friedr. Muckermann S. J.

Preis einzeln 12 Pfg., ab 100 Exempl. 11 Pfg., ab 500 Exempl. 10 Pfg., ab 1000 Exempl. 9 Pfg. pro Stück, netto ab Köln.

Sturm über Rußland

Der Kampf der Bolschewisten gegen das Christentum von J. Froberger und St. Berghoff

330. Tausend. Preis einzeln RM 0,30, ab 100 Exempl. RM 0,28, ab 500 Exempl. RM 0,26, ab 1000 Exempl. RM 0,22 pro Stück, netto ab Köln.

Was sagt Sowjet-Rußland von sich selbst?

Von Prof. Dr. L. Berg

5. völlig neubearbeitete Aufl. 1932. 176 Seiten. Kart. RM 2.—

Die sowjetrussische Literatur spricht über sich selbst und legt ein beredtes Zeugnis ab über Wesen und Auswirkung, Programm, Erfolge und Mißerfolge des Bolschewismus. U. a. enthält das Buch die Wiedergabe der großen Stalin-Rede vom 23. Juni 1931.

Sowjet-Rußland

Geschichte der russischen Revolution von 1917-1921 von Fr. Goldschmitt

196 Seiten. Kart. RM 2.—

Die erste zusammenfassende populäre Darstellung der geschichtlichen Vorgänge dieser schicksalsvollen Zeit.

Katholizismus und Kommunismus

Von P. J. Nötges S. J.

2. Aufl. 1932. 80, 240 Seiten, mit vielen Bildern. RM 3,90.

Ein Buch von dokumentarischem Wert, eine gründliche Auseinandersetzung mit der Grundanschauung und den daraus folgenden Methoden des Bolschewismus.

Nationalsozialismus und Katholizismus

Von P. J. Nötges S. J.

2. Aufl. 1932. 224 Seiten. Kart. RM. 3,90.

Die klare und gründliche Antwort eines gelehrten Theologen auf die Frage: Warum die katholische Kirche den Nationalsozialismus ablehnen muß.

Die Rundschreiben Leos XIII. und Pius' XI. über die Arbeiterfrage

Wohl die preiswerteste Ausgabe dieser beiden großen bedeutenden Rundschreiben.

Preis einzeln RM 0,35, ab 20 Exempl. RM 0,32, ab 100 Exempl. RM 0,28, ab 500 Exempl. RM 0,24, ab 1000 Exempl. RM 0,20, ab 10 000 Exempl. RM 0,18 pro Stück, netto ab Köln.

Die soziale Enzyklika

Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung von Oswald v. Nell-Breuning S. J., Hochschulprofessor, Frankfurt a. M., St. Georgen. 256 Seiten. Kartiert RM 4,20.

KATHOLISCHE TAT-VERLAG KÖLN, NEUMARKT 18 b

Postcheckkonto 36477

